

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Verlagspreis Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Verlagspreis Nr. 926

Das „Lübener Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.00, monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4082, sechs er Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierteljährliche Beilage oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf. auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139.

Dienstag, den 19. Juni 1906

13. Jahrg.

Stellen einer Beilage.

Vor der eigenen Tür!

Seit Wochen werden über die Zustände in den großen Establishments der amerikanischen Fleischindustrie Aufsehen erregende Enthüllungen gemacht. Verderbtes Fleisch ist zur Verarbeitung gelangt, in einem Fall soll selbst der Inhalt eines Schmalzstoffs, in dem zwei Menschen verunglückten, nicht befreit, sondern zu verkaufsfähiger Ware verarbeitet worden sein. Die Leiter des Fleischverkehrs bestreiten zwar diese Vorkommnisse noch, aber die Tatsachen sprechen gegen sie.

Das man sich über diese Enthüllungen in hohem Maße entrüstet, ist leicht zu begreifen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist auch eifrig dabei, gegen die abscheulichen Mißstände, die aufgedeckt wurden, vorzugehen. Der Ausschuss des Repräsentantenhauses in Washington hat soeben einen Gesetzentwurf über die Fleischschau ausgearbeitet. Präsident Roosevelt erklärt diesen Entwurf für noch nicht ausreichend, um den herrschenden Mißständen zu begegnen und fordert energischeren Maßnahmen; übrigens hat Roosevelt stets erklärt, daß auch bei dem in Amerika zum Verkauf gelangenden Fleisch die nötigen Kontrollmaßregeln fehlen, nicht aber bei der in das Ausland gehenden Fleischware.

So berechtigt und selbstverständlich aber die Entrüstung über die Schändlichkeiten der gewinngierigen Fleischmagnaten ist, so ist die Art, wie unsere Agrarier und ihre Helfer in der Presse die Sache ansprachen, keineswegs berechtigt. Diese Leute vermischen sich triumphierend erklären zu dürfen: da sehe man, wie gut es war, die deutschen Grenzen gegen die amerikanischen Einfuhr abzusperren! Man verjagt, die amerikanischen Enthüllungen zu einer untraglichen Rechtfertigung der agrarischen Fleischversteuerungspolitik zu mißbrauchen. Die Höhe dieser Verjagung aber erreicht der preussische Landwirtschaftsminister von Bobbertsch, der sich soeben vor einem Ausfluge des Berliner Schallklotzes Verherrlichungen leistet, die Erschauern erwidern können, obgleich sie eben von Bobbertsch kommen, über dessen Worte und Wirken man längst sich jedes Verwunderns entwohnen mußte.

Nach einigen unheimlichen Wägen — „er“ sorge in möglichst vollkommener Weise für die Alimantation der Bevölkerung, die Bewegung über die Fleischnot sei „wesentlich politisch“ gewesen! — kam der Landwirtschaftsminister auf die Vorkommnisse in Chicago und sagte:

„Die Vorkommnisse in Chicago waren uns sehr wohl bekannt; konnten uns dazu nicht öffentlich äußern, sondern mußten unsere Bevölkerung nur zu schücheln suchen. Täglich werden dort etwa 25000 Stück Vieh verarbeitet. Zahlreiche Tiere kommen bereits verendet zur Schlachtbank. Zur Untersuchung von täglich 10000 Schweinen sind nur drei Tierärzte angestellt. Was können die wohl sehen? Sie und der Tierarzt oder Fleischbeschauer täglich nie mehr als 20 Stück untersuchen. Kürzlich traf ein großer Dampfer in Emben mit Fleisch ein, das vollständig verworfen werden mußte. Viele Tiere waren krank oder tot geschlachtet worden. Man hat sogar auf Lammern, z. B. über Dänemark, solches Fleisch zu importieren gesucht. Auch aus Rußland sollte ähnliches Fleisch zu uns gebracht werden. So wurde festgestellt, daß eine große Schiffsladung, die in Esthla eintraf, von Tieren herrührte, die mit fibriniger Pest befallen waren. Eine sehr große Anzahl der in Rußland mit der Fleischschau betrauten Tierärzte ist ohne alle Vorkenntnisse auf dem Gebiete der Tierarzneikunde.“

Seltam, höchst seltsam! Jetzt will Herr v. Bobbertsch die Zustände in Chicago längst gekannt haben. Das klingt äußerst unwahrscheinlich, denn es wäre wirklich nicht abzu-sehen, warum er so sorgfältig geschwiegen und sich die Begründung seiner Sperrpolitik erspart hat. Diese nachträgliche Behauptung steht auch in Widerspruch mit den Mitteilungen, die der Minister jetzt über die Vernichtung einer Fleischschachtel in Emben und über die russische Fleischschau macht; warum kann er sich denn jetzt plötzlich öffentlich über diese Dinge äußern? Und, vor allem, der „Schuh“, dessen der Schützer des Agrarierturns sich rühmt, bezieht sich bekanntlich keineswegs nur auf das Bäckfleisch des Fleisches, sondern ebenso auf lebendiges Vieh und auf frisches Fleisch. Gerade aber aus den Worten des Ministers geht hervor, daß eine Sperrung der deutschen Grenze gegen diese Einfuhr ganz gewiß nicht nötig war, da er ja die Zahl und die Wachsamkeit unserer Tierärzte besonders rühmt, so daß die Einschleppung von trankem Fleisch und Vieh unmöglich ist. Es ist allerlei widerspruchsvolles Zeug, das der Minister da aufstellt. Seine jetzige Befähigung der Chicagoer Mißstände und seine Behauptung, er habe viele Mißstände gekannt, aber vor der Öffentlichkeit verschwiegen, sind wahrlich nicht geeignet, seiner Politik Vertrauen zu gewinnen oder auch nur die Aufmerksamkeit von den deutschen Mißständen auf die amerikanischen abzulenken, wie der Minister es wünscht.

So schlimm die Zustände in den Betrieben des amerikanischen Fleischverkehrs auch sein mögen, wir in Deutschland haben keine Ursache, so zu tun, als ob in Deutschland in den Nahrungsmittelgewerben alles aufs beste bestellt wäre. Aus der Masse unserer kleineren Betriebe sind wiederholt Dinge bekannt geworden, die dem Publikum den Appetit nehmen können. Im Gegensatz zu Amerika sind es bei uns vielfach die Gehilfenorganisationen, die diese Mißstände zur Sprache bringen. In Amerika unterrichten die Gehilfen das Publikum nicht, angeblich weil sie die Entlassung fürchten und weil der Mann, der für geringen Lohn arbeitet, sich nicht um die Güte der Sachen kümmern könne, was er versteht. In Deutschland stehen die Arbeiter glücklicherweise auf einem wesentlich anderen Standpunkte, und daher ist die Öffentlichkeit auch weit besser über die Zustände und Vorkommnisse in Bäckereien, Schlachtereien usw. unterrichtet. Auch bei uns in Deutschland kommen aber, wie gesagt, in den Nahrungsmittelgewerben gleichfalls Dinge vor, die äußerst unappetitlich sind. Darüber werden von uns von Zeit zu Zeit immer wieder Enthüllungen gemacht, ohne daß bis jetzt eine durchgreifende Besserung erzielt wäre.

Die Fleischbereitung in Deutschland ist rüchrig, und diese Rüchrigkeit bedingt eine große Unzulänglichkeit der Arbeiterräume, der Betriebsweise und oft auch des verarbeiteten Materials selbst. Man kennt doch in Deutschland den Betrieb der Poltschächter: in nicht geringerem Maße wird Fleisch von tranken Tieren trotz aller Aufsicht in zahlreichen kleinen Betrieben verarbeitet. Vor nicht langer Zeit führte u. a. die Braunschweiger Polizei eine Campaigne gegen eine Reihe von Poltschächtern, ohne daß es indes gelungen wäre, die Verarbeitung unbrauchbaren Fleisches vollständig zu machen. Auch in Berlin hatten wir vor etwa sechs Jahren einen großen Poltsch, in dem gleichfalls festgestellt wurde, daß Fleisch, das auf dem Schlachthofe ausdrücklich als unbrauchbar für den menschlichen Genuß erklärt worden war, auf Umwegen doch noch in Fleischereien und Restaurationen und von dort als gutes Fleisch in den menschlichen Konsum überging. In welchem Umfange bewartige Unterschleibungen vorkommen, läßt sich nicht feststellen; jedenfalls kommen sie aber häufiger vor, als das Publikum annimmt. Die Massenhaftigkeit der Betriebe macht die Kontrolle des Fleisches vom Geschäftse an bis zum Tisch des Konsumenten ganz und gar unmöglich.

Mag man sich also noch sehr über amerikanische Zustände ausenblächlich entrüsten, man vergeße darüber nicht, daß auch in Deutschland Dinge vorkommen und Zustände gehaibt werden, die uns veranlassen dürften, recht gründlich vor der eigenen Tür zu läutern!

Poltschische Fleischschänke

Ein „Post“-Geschwäg. Wilde Geschichten erzählte die Berliner „Post“, das berüchtigte der Scharfmacherorgane: Wegen Unterschlagung zahlreicher amtlicher Papiere sei ein Postbeamter vom Amt 25 in Berlin in Untersuchungshaft genommen worden. Der jetzt Inhaftierte sei ein entschiedener Anhänger der sozialdemokratischen Partei gewesen. Es gelte auch bereits als sicher erwiesen, daß er Handlanger des von der Sozialdemokratie organisierten Geheimbundes sei. Die „Post“ bringt mit dieser Behauptung die Tatsachen in Verbindung, daß der „Vorwärts“ vor einigen Monaten in der Lage war, allerlei Mitteilungen über die Entlassung eines Berliner Postbeamten durch Sozialdemokraten in Brüssel zu veröffentlichen. Die Berichte des Polizeibeamten, die die sozialdemokratische Blatt publizierten, seien nicht, wie der „Vorwärts“ angegeben, von dem Beamten in Brüssel in dem Zustande der Betrübtheit verloren, sondern nach Berlin gebracht worden. Sie kamen auch in Berlin an, verschwanden hier aber auf geheimnisvollem Wege und tauchten dann in der Redaktion des „Vorwärts“ auf. Dr. Liebschütz sei der Verteidiger des Postbeamten. — Der „Vorwärts“ erklärt dazu: Entsetzlich, schrecklich, furchterlich! Was ist daran Wahres? Von Anfang bis zu Ende wiederum erfunden. Die von uns veröffentlichten schönen Briefe des Kriminalhauptmannes Smoler Nr. 3844 stammen aus Brüssel; mit irgend einem Briefträger haben wir selbstverständlich nach der von der „Post“ und der Polizeikontrollbehörde angegebenen Richtung hin keinerlei Verbindung. Aber die von dem politischen Hintermann beherrschte „Post“ und ihre hiesige Lokalcorrespondenz berichten doch von einer Verhaftung durch Dr. Liebschütz! O ja, und das war recht damit von dem „Post“-Gef. Denn dadurch wird es leicht gemacht, den Schwindel klarzustellen. Gerolf: Liebschütz hat einen Briefträger als Klienten, und zwar, wie er so freundlich war, festzustellen, seit einem halben Jahr nur einen Briefträger. Dieser Briefträger ist Ende März des Jahres auch in Untersuchungshaft genommen, und zwar weil man ihn in Verbindung hatte, dem „Vorwärts“ Briefe oder Drucksachen übermittelt zu haben. Die Untersuchung hat die völlige Unschuld des Postboten und die Halt-

losigkeit der Anschuldigung ergeben. Darauf ist der Postbote am 29. Mai aus der Untersuchungshaft entlassen. Vor wenigen Tagen ist Anklage gegen ihn erhoben. Er ist lebhaft beschuldigt, ein paar Geschäftsdrucksaften nicht befreit und dadurch sich eines Vergehens schuldig gemacht zu haben.

Neuere Ansichten eröffnen sich den Steuerzahlern hinsichtlich Deutsch-Ostafrika. Die dort ausgebrochenen Revolten, die man schon als überwunden bezeichnete, haben momentan einen derartigen Umfang angenommen, daß die weitere Entsendung von Truppen notwendig erscheint. So droht uns also ein neuer Kolonialkrieg! Die deutsche Kolonialpolitik erleidet immer mehr Fiasco!

Das Steuerbonquet, wie es dem deutschen Volke von der Reichstagsmehrheit überreicht worden ist, hat, wie vorausgesehen war, die Billigung des Bundesrats gefunden. Der Reichstag nahm in seiner letzten Sitzung die Ausschüsse der Reichstagsmehrheit betreffend die Ausführungsbestimmungen a) zum Zigarettensteuergesetz, b) zum Brausteuer-gesetz, c) über die Stempelabgabe von Laubsaftarten für Kraftfahrzeuge, d) über Besteuerung der Vergütungen der Ausschüsse der Reichstagsmehrheit, e) über die Stempelabgabe von Personensfahrarten, f) über die Stempelabgaben von Geschäftsbüchern und g) zum Zigarettensteuergesetz an.

Aus dem Wahlkreise Bentzen-Tarnowitz liegt jetzt das amtliche Resultat vor; danach erhielten: Vergart Remy Lipke (Katholik) 7240, Berginipfhor Raschall (B.) 7763, Arbeitersekretär Scholchiel Bentzen (SD) 6259, Redakteur N. B. Bentzen (Volk) 25920 Stimmen. Der Pole N. B. Bentzen ist also mit einer Majorität von 2329 Stimmen gewählt. — Das gewaltige Anwachsen der polnischen Stimmen ist das Echo auf die parlamentarische Politik der Regierung. Vor zehn Jahren konnte man in Oberschlesien eine polnisch-nationale Bewegung überhaupt noch nicht; da brach die Bewegung mit der von Caprivi befohlener Verhängungspolitik, stieß zu Ausnahmemaßregeln und anderen Unterdrückungen der schärfsten Art — und nun brach von Polen aus über Oberschlesien die polnische Hochflut herein, die jetzt alle Dämme reißend überflutet. Die „Germania“, das Organ der Zentrumsfaktion, ist begrifflicherweise über die schändliche Niederlage ihrer Partei, die früher in dem Wahlkreise unumschlaglich herrschte, aufs tiefste empört. Das zeigt sie dadurch, daß sie auf die Wähler — zu schimpfen beginnt. Sie spricht von der „völligen politischen Unfähigkeit“ dieser Leute, die „nicht wissen, was sie tun.“ Das ist ganz richtig. Wer mer andere hat diese völlige politische Unfähigkeit der Wähler massen verschuldet, als eben das Zentrum selbst, in dessen Herband das ganze ober-schlesische Volk jahrelang eingekerkert ist? Die „Germania“ scheint gar nicht zu merken, daß sie mit ihrem an sich sehr zutreffenden Urteil der politischen Erziehungsarbeit des Zentrums die denkbar schärfste Kritik anstellt. Die Unfähigkeit der polnischen Wählermassen wird erst verschwinden, wenn sie sich, wie jetzt an der Zentrumsdemagogie, so auch an der national-politischen Demagogie ein gründlich den Magen verdoeben haben werden. Dann ist die Stunde der Sozialdemokratie gekommen. Nebenbei sei bemerkt, daß unserer Partei in dem ganzen Reichswahlkreise nur ein einziges kleines, knapp 200 Personen fassendes Versammlungskoloz zur Verfügung stand, daß von einer irgendwie beträchtlichen Verbreitung unserer deutschen und polnischen Parteipresse nicht die Rede ist, und daß uns auch sonst der Wahlkampf durch Verhaftungen von Flugblattverbreitern und ähnliche Manöver aufs äußerste erschwert wurde.

Die afrikanische Verfassungskommission weiß wiederum zwei Tote und einen Verwundeten auf

Nationalliberale Verfahrenheit. Der Ausschuss der nationalliberalen Partei der Pfalz hat sich, wie die „Zeitg.“ erzählt, gegen die Fabelartensteuer ausgesprochen und erklärt, daß er mit der Haltung der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses in der Schlußabstimmung nicht einverstanden sein könne.

Politische Murmelkugeln. In der „National Zeitung“ lesen wir: „Die nationalliberale Provinzialorganisation für den Regierungsbezirk Potsdam hat gestern dem nationalliberalen Verein Potsdam noch mehrjährigem Botschafter (I) zu neuem Leben gewacht.“ Wenn sich der liberale Gangschlaffer erst die Augen gerieben und umgesehen haben wird, wird er voraussichtlich die Spielzüge wieder über die Ohren ziehen und sich auf die andere Seite legen. Denn wir sind Deutsche, gemüthlich und brav; wir lassen uns keine politischen Plänzen gefallen. Der liberale Verein von Potsdam hatte damals vor sechs Jahren die Situation ganz richtig erfaßt; denn für den Liberalismus heißt es längst: Gute Nacht!

Das württembergische Landtagwahlgesetz ist von der Kammer der Abgeordneten mit 72 Stimmen gegen 1 Stimme angenommen worden.

Die Reichstagswahl in Darmstadt-Großgeran scheint noch ein Rätselpiel haben zu sollen. Die nach dem

Verl. Tagebl." in Darmstadt veranlaßt, soll der Kaiser
Korrell, der Kandidat der vereinigten Liberalen, wegen
seiner Beteiligung an der zugunsten der Sozialdemokratie
ausgegebenen Stichwahlparole disziplinarisch be-
straft worden sein. — Ob die Bestrafung wohl auch ein-
getreten wäre, wenn Korrell für den exreaktionären Stein
eingetreten wäre?

Die Niederlage der Kolonialgesellschaft. Im
Juni vorigen Jahres veröffentlichte der Vorsitzende der
Gruppe Meinungen der Deutschen Kolonialgesellschaft, Ger-
stenhauer, zwei Aufsätze in der „D. Zeitg.“, die heftige Vor-
würfe gegen die „Südwestafrika-Siedlungsgesellschaft“ ent-
hielten. Besonders dem Vorsitzenden der letzteren, Herrn
Vohsen, Essen, wurde nachgesagt, daß er die Kolonial-
politik nur zur Erlangung persönlichen Vorteils
betreibe; wenigstens war das der Sinn der Ausführungen
des Herrn Gerstenhauer. Die ganze Kolonial-Etat-
liste in die Taschen weniger „Wissenden“,
sagte er wörtlich. Herr Vohsen strengte Verleumdungsklage
gegen Gerstenhauer an und diese wurde am Mittwoch vor
einem Berliner Schöffengericht verhandelt. Die Beklagten
— auch der verantwortliche Redakteur der „D. Z.“ —
wurden freigesprochen — wurden freigesprochen. Sie
werden also die von ihnen aufgestellten Behauptungen be-
weisen haben.

Eine eigentümliche Prozedur scheint die Kolonial-
verwaltung in Sachen des edlen Festo von Putt-
kammer zu befolgen. Oder ist es nicht auf sie zurückzuführen,
daß immer neue Meldungen über die Disziplinierung
Puttkammers in die Welt gesetzt und ebenso eilig dementiert
werden? Erst hieß es, Puttkammer sei mit schlichem Abschied
entlassen worden, dann wieder wurde verbreitet, daß man
ihm eine Pension von 12 000 Mk. bewilligt habe. Jetzt schreibt
wieder die „Magdeb. Ztg.“, daß sie, nach Anfrage an maß-
gebender Stelle, feststellen könne, daß das von Herrn von
Puttkammer eingereichte Entlassungsgeheiß bis jetzt nicht ge-
nehmigt und über seine Pensionierung nichts entschieden sei.
Nachdem dann die Versicherung gegeben worden ist, daß zu
irgendwelcher Nervosität kein Grund vorliege, heißt es weiter:
„Daß die Untersuchung mit peinlicher Sorgfalt ge-
führt wird, beweist schon ihre lange Ausdehnung, die durch
die Schwierigkeit der Vernehmung von zum Teil in alle
Welt zerstreuten Zeugen erklärlich ist. Die Beurteilung des
Falles — es handelt sich bekanntlich um die Ausweisung des
Passes auf unrichtigen Namen — wird selbstverständlich nur
davon abhängen können, ob Herr v. Puttkammer bei der Aus-
stellung des falschen Passes selbst getäuscht war oder nicht.
Der stellvertretende Kolonialdirektor Erbprinz von Saxe-
Coburg hat im Reichstage seinerzeit ausgesprochen, daß er zur
Annahme der bona fides neige. Wir wissen nicht, ob die
Untersuchung irgendwelche Momente beigebracht hat, die diese
Annahme zu erschüttern geeignet wären. Jedenfalls aber
darf man erwarten, daß etwaige Verfehlungen ohne Ver-
tuschung aufgedeckt, und daß andererseits die Tatsache einer
jahrelangen, durchaus nicht unberücksichtiglichen Verwaltungs-
tätigkeit in einer tropischen Kolonie nicht unberücksichtigt
bleiben wird.“ Nach dieser Mitteilung ist man so klug wie
zuvor. Selbstverständlich ist es notwendig, daß der Fall
gründlich untersucht wird, und daß die Untersuchung nicht
nur unter disziplinarischen, sondern auch unter
strafrechtlichen Gesichtspunkten geführt wird, die ohne
Zweifel durch die Pass-Fälschung und die sonstige
Ausschließung des Junkers Festo gegeben ist. Was aber die
„Nervosität“ über den Fall anlangt, so ist sie durchaus be-
greiflich. Man müßte ein Hinzerroschell von der
Stärke Bülow'scher Verfehlung haben, wenn man gegenüber
solchen Vorfällen und ihrer amtlichen Behandlung gleichgültig
bleiben könnte. Und man müßte eine gute Portion blinder
Vertauensseligkeit besitzen, um nicht zu sehen, daß die Art,
wie der Fall Puttkammer behandelt wird, nur dazu dienen
soll, die Öffentlichkeit zu ermüden. Die
Kolonialverwaltung wird es sich schon gefallen lassen
müssen, daß die Öffentlichkeit diesen Fall nicht aus dem
Auge verliert.

Die Wirkungen der Fahrkartensteuer stößen auch
der losen, „Kreuztg.“ sehr große Bedenken ein. Sie
beruht sich dabei auf Eisenbahnfahrverhältnisse, die dem In-
teresse der Steuer mit nicht geringen Besorgnissen ent-
gegenstehen. Was sie von dem Fahrkartenstempel befürchten,
ist ein Massenübergang des größten Teiles
der Reisenden 3. Klasse von gewöhnlichen Personen-
zügen in die 4. Klasse. Im einzelnen wird dazu aus-
geführt: „Schon seit einigen Jahren hat der Verkehr der
4. Klasse erheblich stärker zugenommen, als der Ver-
kehr der 3. Klasse. In dem Jahrzehnt von 1894 bis 1903
hat sich der Verkehr der 4. Klasse nach der Zahl der ge-
fahrenen Personenkilometer wie in Bezug auf die Einnahmen
mehr als verdoppelt, dagegen der Verkehr der 3. Klasse nur
um etwa 40 Proz. vermehrt, der Verkehr der 2. Klasse um
etwa 25 Proz. und der Verkehr der 1. Klasse um etwa 35
Prozent vermehrt. Im Jahre 1903 waren die Einnahmen
der holländischen Eisenbahnen aus dem Personen-
verkehr der 4. Klasse mit 147 Millionen Mark nahezu bereits
so groß wie der Einnahmen der ersten und zweiten
Klasse zusammengenommen mit 149 Millionen Mark. Viele
Leute sparen bei den Ausgaben für Eisenbahnreisen und
benutzen eine niedrigere Klasse, als es ihren Vermögens- und
Einkommensverhältnissen entsprechen würde. Diese Tendenz
wird voraussichtlich durch den neuen Fahrkartenstempel noch
erheblich verstärkt werden und zwar hauptsächlich zu Gunsten
der 4. Klasse. Wenn man sich die neuen Eisenbahnwagen
der 4. Klasse ansieht, so sind sie keineswegs so wenig ein-
ladend, wie in früheren Jahren. Die neuen Wagen haben
nicht nur Bänke an den Wänden, sondern auch große Fenster
mit Vorhängen und bieten einen verhältnismäßig großen
Raum, den die Wagen 3. Klasse nicht aufzuweisen haben.
Freilich genügen die Sitzplätze nicht für alle Passagen. Aber
auf kurzen Strecken reicht man, und wir weite Strecken
zurückgelegt, findet oder schafft sich eine Sitzgelegenheit. Was
aber für die meisten Reisenden noch ausschlaggebend ist,
die Preise der vierten Wagenklasse sind erheblich billiger
und bleiben nun auch von dem Fahrkartenstempel
frei. Beständen sich die obigen Annahmen, so sind
am 1. August bei der Einführung des Fahrkartenstempels
unerwünschte Betriebsstörungen zu befürchten. Es wird sich ein sehr starker An-
gang an Personenwagen 4. Klasse feststellen lassen,
den von heute bis morgen, ja kaum in Jahr und Tag ab-
zuwehren ist, weil die Eisenbahnverwaltung unabsichtlich die

starke Verchiebung des Personenverkehrs in die 4. Klasse
voraussehen konnte. Vielfach wird man verlängerte Züge
fahren lassen müssen mit leeren Wagen 3. und mit überfüll-
ten Wagen 4. Klasse. In der Regel aber wird man Rei-
sende 4. Klasse, die man nicht unterbringen kann, in die
leeren Wagen 3. Klasse weifen müssen. Und so würde tat-
sächlich in Norddeutschland ein Zustand entstehen, wie ihn
die süddeutschen Eisenbahnverwaltungen mit der Tarifreform
einstufen wollen, nämlich die Schaffung einer sog. 3½-
Klasse IIIa und IIIb mit dem Grundpreisen der 4. Klasse
für Personenzüge, während für die 3. Klasse in Schnellzügen
die höheren Preise zu zahlen wären. „Es ist noch un-
entschieden, welchen Standpunkt die preussische
Eisenbahnverwaltung zu den Rückwirkungen ein-
nehmen wird, die sich aus den Verchiebungen des Personen-
verkehrs nach Einführung des Fahrkartenstempels ergeben
werden. So viel läßt sich schon jetzt mit einiger Bestimm-
theit sagen, daß infolge der Einführung des Fahrkarten-
stempels die geplante Personentarifreform
weder zu der angekündigten Frist im Frühjahr 1907, noch
genau auf Grund der vereinbarten Sätze in Kraft treten
können wird.“ — Alle hier betonten Bedenken sind neben
vielen anderen von den Gegnern dieser verkehrseind-
lichen Steuer vor dem Gesetzentwurf derselben mit aller
Schärfe geltend gemacht worden. Die steuerwütige Mehrheit
aber war dagegen völlig taub und blind. Um den Be-
stehenden zu schmeicheln, den man mit einer Erhöhung der
Erbsteuern besser lassen könnte, ohne ihm weh
zu tun, würde dieser geradezu rühmliche Eingriff in den Ver-
kehr getan. Jetzt hinterher, wo es zu spät ist, kommen die
Klagen von allen Seiten. Und der materielle „Erfolg“ der
Steuer wird schließlich darin bestehen, daß die Eisenbahn-
verwaltungen an Fahrgebern weniger einnehmen, was
das Reich an Steuern einzieht, wenn nicht der Ausfall gar
noch größer ist. Und solche Torheit nennt man dann noch
„Steuerreform“!

Ein neuer Stephany-Prozess? Den „Berliner
Neuesten Nachrichten“ wird aus Metz geschrieben: „Der
Prozess des früheren Polizeikommissars Stephany dürfte noch
ein Nachspiel erfahren, da der hiesige Polizeibureauvorsteher
a. D. Kanzleirat Henrich Strafantrag wegen verschiedener
schwerer Verleumdungen gestellt hat. Dem Antrage ist vom
Gericht bereits Folge gegeben worden. Dem Vernehmen nach
beruht es sich um andre Verleumdungen, als die in der
Prozessur enthaltenen.“ — Wir glauben gern daß die Justiz
den unbehaglichen Polizeikommissar a. D., nachdem sie ihn
einmal in Händen hat, nicht wieder fahren lassen möchte.
Aber soviel wir wissen, wäre ein neuer Prozess staatsrecht-
lich gar nicht zulässig, da die Schweiz Stephany nur wegen
des angeblichen Diebstahls der Altersuntersuchung an-
geklagt hat, nicht aber wegen irgendwelcher sogenannter
Verleumdungen. Es muß Stephany nach dem Aus-
lieferungsvertrage, sobald er die ihm jetzt zudiktirte Gefäng-
nisstrafe verbüßt hat, Frist gelassen werden, wieder ins Aus-
land zu gehen.

Rußland.

Die „treuesten“ Stützen des Zarismus. Die
Matrosenmeutereien scheinen allenthalben weiter um sich zu
greifen. Aus Kronstadt wird gemeldet, daß unter den
Matrosen und unter den Soldaten des dortigen Kriegshafens
große Erregung herrsche. Die Offiziere befürchten dort wie
auch in anderen Kriegshäfen sehr ernste Unruhen.

Eine revolutionäre Kundgebung fand in Mos-
kau statt. Auf dem Tverschen Boulevard vor der Russi-
schalle fand eine große Massenansammlung statt. Es wurden
revolutionäre Lieder gesungen. Trotz des Aufgebots der
Straßenpolizei gelang es nicht, die Manifestanten zu zer-
streuen, die vor dem Hause des Stadthauptmannes eine
Demonstration mit roten Fahnen veranstalteten. Erst nach
Absperrung des Boulevards durch Gendarmen ging der
Haufe auseinander. In Stadtel Marjina Roschtscha wurde
ebenfalls eine große Versammlung unter offenem Himmel
abgehalten. Die Menge leitete der Polizei hartnäckigen
Widerstand, sogar vor den Hagaiten der Dragoner wichen
die Versammelten nicht zurück. Erst als die Dragoner
mehrere Salven abgefeuert hatten, zerstreute sich die
Menge.

Die administrative Verwicklung. Die Ver-
sicherung nach Sibirien wird, wie die deutsche
„Petersburger Zeitung“ Nachrichten aus Tscheljabinsk
entnimmt, in großem Maßstabe fortgesetzt.
Im Mai dieses Jahres passierten Tscheljabinsk 7000
Verhaftete.

Die Judenhege in Bjelostok hat drei Tage an-
gedauert. Eintreffend: reisende Juden werden aus den
Waggons gezerrt und halbtot geprügelt. Derjenigen, die
sich vor den Hooligans und den uniformierten Wüterichen
retten, droht der Hungertod. Der Dumadepulirte Bramson
erhielt ein Telegramm, daß die Lage in Bjelostok entsetzlich
sei. Der Bödel beschloß die Kentei, die Post und die
Polizeibureau. Die Zahl der Toten soll über 20, die der
Verwundeten über 100 betragen, darunter Frauen und
Kinder. Die Reichsbureau sandte eine Deputation von drei
Mitgliedern nach Bjelostok zur Untersuchung. Auf dem
Bahnhofe sind Sonntagabend 6 weitere jüdische Reisende ermordet
worden.

Frankreich.

In der Dreifus-Angelegenheit setzte Sonnabend
der Kassationshof in geheimer Sitzung die Prüfung des mili-
tairischen Doktors fort und begann dann mit der Prüfung
des diplomatischen Doktors.

**Ein Bollwerk zwischen Frankreich und der
Schweiz** steht bevor. Es soll bereits jede Aussicht auf
Verständigung geschwunden sein. Die Differenzen berühren
in erster Linie schweizerische Seidenartikel, sodann
Stickerien. Falls Frankreich auf diese Artikel der
Schweiz nicht ansehnliche Konzessionen gewährt,
kommt es zum Bollwerk. Aus Bern wird gemeldet: Die
hier eingetroffene Antwort Frankreichs auf die
letzten schweizerischen Vorschläge für den Handelsvertrag
wird als nicht befriedigend betrachtet. Der
Bundesrat wird in den nächsten Tagen darüber Beschluß
fassen.

Amerika.

Eine Revolution in Guatemala (Central-
amerika) ist in vollem Gange. Der Präsident Estrada
Cabreria hat sich durch tyrantisches Aufwiegen und schweren
Strafzuch bei der Bevölkerung sehr verhaßt gemacht. Die

Republik Nicaragua und Salvador unterstützen die Be-
wegung, und die revolutionären Scharen wachsen täglich.
Deutsche Pflanzler erbieten sich, eine kriegsgräbte Manufaktur
den Aufständischen zu liefern. Die ansehnlichen Banken und
Amerikaner mühen ebenfalls das Ende der Herrschaft
Cabrerias. Dieser leistet noch starken Widerstand und hat
4000 Mann in Guatemala City zu liegen. Ist die Re-
volution siegreich, soll Barillas, der von 1885 bis 1892
Präsident war, an Cabrerias Stelle treten. Die Revolutionäre
scheinen mit Selbstmitteln gut versehen zu sein, und man
glaubt, daß ausländische Kapitalisten ihre Hand im Spiele
haben; es wird den Leuten eine große Entwicklung des
Landes unter Barillas versprochen; neue Eisenbahnen sollen
gebaut werden. Guatemala ist die bedeutendste unter den
fünf Republiken Centralamerikas und hat etwa zwei Millionen
Einwohner.

Der Herr Realschuldirektor als Vererbungstheoretiker.

I.

r. w. Bevor der Vorschlag über die Einnahmen und
Ausgaben Lübeck an die Bürgerschaft kommt, wird er nach
den geltenden Bestimmungen der Verfassung vom Bürgeraus-
schuß einer Prüfung unterzogen und dieser läßt seinerseits
wieder eine Vorprüfung durch eine besondere Kommission er-
folgen. Diese Kommission hatte in ihrem Bericht über den
jetzt laufenden Etat dem Bürgerausschuß unter anderem vor-
geschlagen, an den Senat das Schulgeld für die Volksschulen zu er-
heben ist, sowie die Frage ob sich eine Zusammenlegung der
obersten Klassen mehrerer Volksschulen empfiehlt, einer
Prüfung zu unterziehen. Dem kam der Bürgerausschuß in-
sofern nach, als er den Senat ersuchte, zu prüfen, ob sich
nicht eine Zusammenlegung der obersten Klassen mehrerer
Staatschulen empfehle. Das hatten unsere Genossen
in der Abend Sitzung der Bürgerschaft am 19. März kritisiert;
sie wiesen darauf hin, daß wenn eine Zusammenlegung von
Schulklassen in Frage kommen könnte, sie zuerst in den höhe-
ren Schulen zur Durchführung zu bringen sei, da dort die
durchschnittliche Klassenfrequenz eine wesentlich niedrigere sei,
als in den Volksschulen. Die Durchschnittsfrequenz einer
Klasse betrage nach dem letzten Bericht der Oberschulbehörde
in den Hauptschulen 43,
in den Freischulen 39,
in den Mittelschulen 33,
in der Vorschule des Johanneums 33,
in der Hauptschule des Johanneums 28,
in der Vorschule des Katharineums 26 und
in der Hauptschule des Katharineums 19.

Unsere Genossen wiesen ferner darauf hin, daß wenn
man an den Schulausgaben etwas sparen wolle, es durch
Aufhebung der besonderen Vorschulen an den höheren
Schulen geschehen könne. Sie dienten doch auch nur dazu,
den Schülern die Anfangsgrundsätze, die elementarsten Be-
griffe beizubringen; sie bedeuteten eine Nicht- und Wind-
achtung der Volksschüler. In Süddeutschland existierten
diese Vorschulen nicht, dort stiehe das Kind des Miniflers
neben dem Kinde des Arbeiters; und erst in den höheren
Klassen zweigten sich die höheren Schulen ab. Nur ein
Freund der Einheitschule fand sich noch in der Bürgerschaft,
Herr Schulmerich. Herr Hempel meinte, daß wenn es auch
für Süddeutschland möglich sei, die Kinder von Anfang an
gleichzeitig zu unterrichten, es für Norddeutschland nicht
durchführbar sei. Der Schüler unserer achten Klasse sei im
Durchschnitt geistig schwächer, als der Durchschnitts-
schüler auf der Unterstufe einer höheren Schule. Jene
brächten nicht den Horizont mit, den die Schüler der soge-
nannten besseren Stände durch die obwaltenden Verhältnisse
erhielten, da sie zu Hause mehr sahen, hörten, sprächen.
Unsere Genossen zogen daraus gleich den einzig möglichen
Schluß, daß man sagen wolle, der kulturelle Unterschied sei
in Lübeck schon bei sechsjährigen Kindern so groß, daß man
von vornherein in Schulen darauf Rücksicht nehmen müsse
und als sie konstatierten, daß nach dem Urteil eines Mannes,
der seit 24 Jahren als Leiter einer Schule verleihe, der
geistige Horizont der Kinder der Volksschulen ein tieferer
der sei, erscholl, wie das Stenogramm der Verhandlung
verzeichnet, „Widerpruch“, und das Stenogramm verzeichnet
„lebhafte Widerpruch“, als einer unserer Genossen sagte,
es sei ja ein beschämendes Zeichen daß man glaube, eine
große Schicht der Bevölkerung liege so tief, daß für ihre
Kinder besondere Schulen gegründet werden müßten.

Wenn wir dieses hier rekapitulieren, so deshalb, weil
man sich in letzter Zeit entsprechend den Worten eines der
bürgerlichen Redner im Bürgerium mit der Frage der Ein-
heitschule befaßt hat und zwar in einer Weise, die wie
nicht übergehen dürfen. Der betreffende Redner hatte ge-
meint, man dürfe nicht glauben, die Sache sei mit der Er-
örterung in der Bürgerschaft erledigt, dazu bedürfe es noch
viel Zeit und genauer Untersuchung. Es sei besser, in einer
anderen Versammlung über die Einheitschule noch einmal
zu sprechen. Das ist, wie gesagt, geschehen, diese andere
Versammlung hat stattgefunden, denn wie die „Lübeckischen
Blätter“ in der Nummer 21 vom 27. Mai mitteilten, ist
auf dem Herrenabend der Gesellschaft zur Förderung ge-
meinnütziger Tätigkeit von dem Realschuldirektor Dr. Sebald
Schwarz das in der Bürgerschaft angeschnittene Thema wei-
ter gesponnen worden. Er sprach über die Auslese durch
die höheren Schulen und wie die bezeichnete Nummer der
„Lübeckischen Blätter“ bemerkt, sei der Kernpunkt der be-
handelten Frage gewesen, ob die Differenzierung unseres
Schulwesens in Volks-, Mittel- und höhere Schulen, wie sie
zur Zeit bestehen, oder die allgemeine Volksschule und eine
aus dieser erfolgende Intelligenzauslese die für unsere Zeit
passende Schulorganisation sei.

Wie der bezeichnete Herr dies Thema behandelt, steht
heute nicht zur Erörterung, das wollen wir nicht be-
sprechen. Es genügt kurz anzugeben, daß er Gegner der
allgemeinen Volksschule oder Einheitschule ist. Aber was er
zur Begründung seiner Gegnerschaft anführt, das ist so
überaus interessant, gewährt uns einen Einblick in das
Denken und Anschauen breiter Kreise des Lübeckischen Bürger-
tums, daß wir beim Lesen geradezu überrascht, frap-
pieren.

Die „Lübeckischen Blätter“ fassen die Schwarzischen Aus-
führungen dahin zusammen:

Das Ideal der allgemeinen Volksschule gründete sich auf den Anschauungen des Naturrechtes, daß alle Menschen gleich geboren seien, wie dies in der französischen Revolution postuliert worden ist. Heute ist diese Auffassung durch das Studium der Vererbungslehre erschüttert. Es sei nicht zu verkennen, daß sich im Laufe der Generationen das Gehirn verfeinere; in den sozial höher stehenden Kreisen erhielten die Kinder auch einen größeren Wort und Begriffsreichtum, ebenso sei auch hier der geistige Schwung, der den Kindern mitgegeben werde, im allgemeinen ein bedeutenderer. Durch den feierlichen Charakter der allgemeinen Volksschule, mit der Intelligenzlehre notwendig verknüpft sei, würden die Gefahren der einseitigen Vererbungslehre in der Schule nicht mehr beschränkt. Die Auffassung, daß durch die allgemeine Volksschule die Trennung der sozialen Schichten abgeschwächt werde, sei nicht richtig; diese Trennung werde doch fest und bleiben. Zu berücksichtigen sei der Umstand, daß durch die allgemeine Volksschule die tüchtigsten Kräfte den unteren Kreisen entzogen werden, auch sei zu bedenken, wie es denn möglich sei, die Kinder geistig abgearbeiteter und verbrauchter Menschen in ihrer Sphäre zu halten oder sie doch wieder in die höheren Kreise zurückzuführen.

In der Debatte wurde, wie die „Lübeckischen Blätter“ berichten, sowohl der Schwarz'sche, wie auch der gegenteilige Standpunkt vertreten. Es heißt wörtlich: „Im allgemeinen wird anerkannt, daß die allgemeine Volksschule wohl das Ideal sei, dem wir zustreben könnten, aber zurzeit sei an eine Durchführung gar nicht zu denken. Für uns sei der jetzige Weg der gegebene; doch tüchtigen Kräften der unteren Kreise müßte noch mehr Gelegenheit geboten werden, zu höherer Bildung zu kommen; zu vergriffen ist aber nicht, daß das wahre Gute sich trotz aller Schwierigkeiten emporenarbeiten könne.“

So die „Lübeckischen Blätter“ über den Schwarz'schen Vortrag. Mit Hilfe der Vererbungslehre hat Schwarz nachzuweisen versucht, daß die Einheitschule für die sozial höher stehenden Kreise nicht zweckmäßig sei, daß sie nicht möglich sei.

Betrachten wir uns nun einmal die von Schwarz aufgestellte Vererbungslehre. Das soll im nächsten Artikel gesehen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 18. Juni.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Die hiesigen Bauschlosser sind in den Ausstand getreten. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Flussschiffer! Ueber den Betrieb von A. Holtzwe. ist die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Ueber das Geschäft des Bauunternehmers Schmidt in Raffort ist die Sperre verhängt worden.

Die Sperre ist seitens des Transportarbeiterverbandes über die Fuhrbetriebe von G. Wigger, Lachwehr-Allee 5 und E. Ewers, Lachwehr-Allee 10, verhängt worden. Kein Kutscher darf dort in Arbeit treten.

Nochmals Genosse Heine und der Serienloschmwindel. Vor einigen Tagen brachten wir eine kurze Aeußerung des Genossen Wolfgang Heine zu den bekannten vom Rechtsanwalt Dr. Wittern gegen ihn in der Bürgerchaft erhobenen Anschuldigungen. Nunmehr geht uns vom Genossen Heine folgende ausführliche Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung zu; wir kommen diesem Wunsche hiermit gern nach:

Wie ich nachträglich erfahre, ist in einer Bürgerchaftssitzung in Lübeck behauptet worden, ich hätte mit großer juristischer Spitzfindigkeit die Statuten und Prospekte von Serienlosgesellschaften verfaßt. Daran haben dann einige Zeitungen allerhand Angriffe gegen mich geknüpft.

Die Behauptung ist unrichtig. Ich habe allerdings mehrfach Leiter und Vertreter von Serienlosgesellschaften vor Gericht verteidigt; es hat sich jedoch in allen diesen Fällen nicht um Anklagen wegen betrügerischer Manipulationen gehandelt, sondern nur darum, ob der Betrieb dieser Gesellschaften den Bestimmungen über Lotterien oder Abzahlungsgeschäfte usw. unterstellt werden könnte, also um rein juristische Fragen. Dagegen habe ich Statuten und Prospekte dieser Gesellschaften nicht verfaßt. Derartige Gesellschaften gibt es länger, als ich Rechtsanwalt bin; sie konnten also meiner „Spitzfindigkeit“ entbehren.

Ich habe bei diesen Verteidigungen stets betont, daß ich persönlich dem gemeinsamen Erwerb von Serienlosen und Lotterielosen durch Losgesellschaften ebenso ablehnend gegenüberstehe, wie den von anderer Seite so propagierten Staats- und Wohlthätigkeitslotterien und dem Wetten am Totalisator, daß aber nur die Gesetzgebung zuständig sei, dagegen vorzugehen, und daß man Handlungen, die zur Zeit noch gesetzlich erlaubt seien, nicht mit Hilfe gekünstelter und unwahrer Strafrechtskonstruktionen bekämpfen dürfte.

Wolfgang Heine, Rechtsanwalt.

Es ist nunmehr wohl anzunehmen, daß Herr Dr. Wittern bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit die gegen den Genossen Heine erhobenen Anschuldigungen zurücknehmen wird. Aus vorstehenden Zeilen geht ganz zweifellos hervor, daß Heine nichts anderes getan hat, als beispielsweise Herr Dr. Götze, der ebenfalls Serienlosgesellschaften vor Gericht vertreten hat und dem daraus ein ehrlicher Mensch gewiß keinen Vorwurf machen kann.

Ausgerückt ist Direktor Paul Göding, der während der Sommermonate das Stadthallen-Theater gepachtet hatte. Zu bedauern sind die Bühnemitglieder, die durch diese wenig ehrenhafte Handlung um ihr verdientes Geld gekommen sind, denn keiner von ihnen hat die fällige Gage erhalten.

Ein schöner Sommerabend war der gestrige Sonntag. Zu Tausenden strömten die Leute aus der Stadt nach den Vorstädten den schönen Vororten, an denen Lübeck so außerordentlich reich ist. Diverse Vereine suchten per Bahn oder Dampfschiff Travemünde, Rastenburg, Mölln usw. auf.

Die Lübecker Seeschiffreederei zählte nach dem Jahresbericht der Handelskammer für 1905 in diesem Jahre vier Segelschiffe mit 2424 Rbm. Netto-Raumgehalt und 61 Dampfer mit 142001 Rbm. Netto-Raumgehalt, zusammen also 65 Seeschiffe mit 144425 Rbm. Netto-Raumgehalt und 50 Dampfschiffe mit 109708 Rbm. Netto-Raumgehalt gegen 2 Segelschiffe mit 2264 Rbm. Netto-Raumgehalt, zusammen 52 Seeschiffe mit 111972 Rbm. Netto-Raumgehalt im Jahre 1904. Demnach ist in einem Jahre eine Zunahme von zwei Segelschiffen mit 160 Rbm. Netto-Raumgehalt und 11 Dampfern mit 32293 Rbm. Netto-Raumgehalt, insgesamt also 13 Seeschiffe mit zusammen 32453 Rbm. Netto-Raumgehalt, zu verzeichnen. — Der Lübecker Binnenschiffreederei gehörten im Jahre 1905 241 Fahrzeuge mit 18145 Ton. Tragfähigkeit an, gegen 298 Fahrzeuge mit 18339 Ton. Tragfähigkeit im Jahre 1904. Danach hat die Zahl der Schiffe zwar um 3 zugenommen, während die Tragfähigkeit um 194 Ton. abgenommen hat. Seit 1903 ist eine Zunahme von 12 Fahrzeugen und 11 Ton. Tragfähigkeit, sowie seit 1902 eine Zunahme von 24 Fahrzeugen und 1638 Ton. Tragfähigkeit zu verzeichnen. Es ist somit in den letzten Jahren eine ständige Zunahme der Fahrzeuge, und, abgesehen von dem nicht wesentlichen Rückgang im Jahre 1904, auch eine Zunahme der Tragfähigkeit zu konstatieren.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Um die bevorstehende großartige Schwantnovität „Eine Hochzeit nach“ sorgfältig vorzubereiten und in Anbetracht des noch diese Woche stattfindenden zweimaligen Doppel-Gastspiels von Frau Krüger-Rose und der Igl. fäch. Possenmalerin Ulwine Krüger wird morgen eine letztmalige Wiederholung des aus dem vorigen Spielplan aufgenommenen Lustspiels „Die Jugendfreunde“ von Ludwig Fulda stattfinden. Das Lustspiel zeichnet sich durch seinen humorvollen und geistvollen Dialog, wie er speziell Fulda zu eigen ist, ganz besonders aus; man wird sich köstlich dabei amüsieren, daher sei der Besuch jedermann wärmstens empfohlen. Es ist wieder die alte Einrichtung getroffen, daß ab 9 Uhr Eintrittskarten Gültigkeit haben.

Panfa-Theater. Die Direktion A. Baum und Brang hat sich hier in Lübeck einen wohlverdienten, recht guten Namen gemacht, und gerne verbringt man den Abend bei den lustigen Sitteln, um sich daselbst einige Stunden aufzuheben zu amüsieren. Das Montag zum ersten und Dienstag zum zweiten Mal zum letzten Male zur Aufführung gelangende Lustspiel „3 Tage aus dem Kölner Leben“ ist ein echtes unverfälschtes Stück Leben mit seinen ernsten und heiteren Szenen, deren letztere ganz natürlich überwiegen. Man muß das zweite Bild „Im Vorzimmer des Stadtrats und Schiedsrichters“ oder das 4. Bild, das im Gerichtssaal spielt, gesehen haben, und man hat während der beiden Akte unbedingt mehr gelacht, als man dies sonst in einem ganzen Jahre zu tun Gelegenheit hat. In welcher Rolle es auch sei — hier ist es ein Dienstmann, den Dr. Brang gibt — schießt er den Vogel ab und läßt das Publikum nicht aus dem Laden kommen. Mittwoch geht eine neue Burleske „Kölner Karneval“ in Szene, die an Komik und sonstigen interessanten Einzelheiten alles Vorhergegangene tief in den Schatten stellt. Trotzdem aber wird auch dieses Stück noch nicht der Clou der Saison sein, sondern haben wir diesen in der nächsten Novität „Lannes u. Co.“, die für Freitag vorgesehen ist, zu erwarten.

Neumiliter. In den Teich gestürzt und ertrunken. Die 23jährige Katharina Raabe im Kleinflecken äußerte vor einigen Tagen, daß sie Säcke im Teich reinigen wolle. Darauf aufmerksam gemacht, daß das nicht zulässig sei, es könne im Notfall in aller Eile geschehen, hat sich jedenfalls die alte Frau selbst daran gemacht und ist dabei durch Unvorsichtigkeit in den Teich gestürzt. Freitagmorgen wurde die Leiche geborgen.

Mittona. Ein räuberischer Heberfall wurde kürzlich am hellen Tage im Eidelstedterweg gegen einen dort wohnenden pensionierten Beamten verübt. Als er sich in dem Garten seiner Villa befand, wurde er von einem Menschen angefallen und mit einer eisernen Stange mißhandelt. Auf die Hilfe der Ueberfallenen, der mit seiner Frau allein die Villa bewohnt, eilten Nachbarn herbei. Der Räuber entfloß und versteckte sich in einem anderen Hause. Hier wurde er von mehreren Männern, einem Polizeibeamten und einem Artilleristen, mit vieler Mühe gefesselt und ins Polizeigefängnis gebracht. Der Räuber, der noch mehrere Helfershelfer gehabt haben soll, die sich in den Bahrenfelder Tannen versteckt hielten, ist ein von Lübeck aus verfolgter schwerer Verbrecher.

Witster. Als ein Unmensch zeigte sich ein Handwerksbursche, der, als er von einigen Kindern in Numfleth geneckt wurde, den unbeteiligten 10jährigen Sohn des Gerbers Krüger ergriff und ihn über das Brüdengeländer in die Witsterau warf. Das neunjährige Mädchen M. Ramm, dem er dasselbe Schicksal bereiten wollte, konnte sich aus seinen Händen retten. Zum Glück hatte der Hofbesitzer H. Wilde den Vorgang bemerkt und rettete den Knaben mit großer Anstrengung im letzten Augenblicke. Der Bagabund ist bis jetzt nicht gefaßt worden.

Rostock. Volkserzieher. Neben dem großen „Rostock-Lehrerverein“, dem so gut wie alle Volksschullehrer angehören, existiert oder vegetiert noch mit 116 Mitgliedern ein sogenannter „Lehrerbund“ in unsern Landen. Kann man erstere Verein leider auch nicht nachrühmen, daß der freie Geist von ihm besonders gefördert wird, so ist doch Tatsache, daß er sich von der Minderheit des „Lehrerbundes“ sehr vorteilhaft unterscheidet. Dieser „Lehrerbund“ hat nun, so schreibt die „Westf. Volkszeitung“, kürzlich seine Generalversammlung abgehalten und diese „Volkserzieher“ hatten wirklich nichts Wichtigeres zu tun, als sich des langen und breiten darüber zu unterhalten, wie sie — den Kindern das Evangelium erhalten könnten! Sein Eifer geht aber auch noch weiter; er fählt sich gleichzeitig als „schwarze Polizei“. Bei der Besprechung der Forderung, daß die Erzieher u. a. auch der zuständigen Obrigkeit das Gewissen schärzen, daß sie der Forderung der Treue im Amt und des Glaubens willen Geltung verschaffe, wurde nämlich noch die Frage ventilert: Wie soll man sich verhalten, wenn etwa in einem Schulkollegium ein Fall vorkommt, in dem die schuldisige Achtung und Ehrfurcht gegen das Gotteswort samt dem Bewußtsein dessen, was jemand als Lehrer der Gemeinde schuldig ist, außer acht gelassen wird? Soll man dann den Be-

treffenden etwa anzeigen? Und wenn nun etwa ein Pastor abweicht von der Lehre der Kirche und solche abweichenden Lehren auf die Kanzel bringt? Und was beschließen hierzu die Lehrerbünder? Nun, das Protokoll ihrer Generalversammlung lautet hierzu: „Im allgemeinen sind die Versammelten der Ansicht, daß die Gemeindeglieder Recht und Pflicht haben, ihrer abweichenden Meinung an zuständiger Stelle Ausdruck zu geben.“ Das heißt ins Deutsche übertragen: Die Mitglieder des „Lehrerbundes“ sollen als Angeber, Denunzianten auftreten!! Und diese Leute wollen Volkserzieher sein!!

Malchin. Der Sündenbock der fürstlichen Silberdiebin. Aus Berlin wird unterm 15. gemeldet: Der heute vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts zu Berlin stattgefundenen Prozeß gegen den Fürsten Brede aus Anlaß der von der Fürstin begangenen Silberdiebstähle wurde vertagt. Es wurde beschlossen, die Direktoren des Hotels Kaiserhof und Westminster in Berlin als Zeugen zu vernehmen, ob es wahr sei, daß Graf noch vor dem Schreiben der Erpressungsbriefe Mitteilung von den Diebstählen der Fürstin gemacht habe.

Stade. Ein erschrecklicher Tod fand ein zweijähriges Kind eines hiesigen Arbeiters. Es geriet unter die Räder eines beladenen Heumagens, die dem Kinde über den Kopf gingen. Das Kind wurde sofort getötet.

Delmenhorst. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag in dem nahegelegenen Barrel. Der Landwirt Heinrich Mahlkopf war beim Eggen seines Feldes beschäftigt und kam dabei durch einen unglücklichen Zufall mit den Füßen unter das Gerät. Er stürzte nieder und geriet mit dem ganzen Körper unter die eisernen Räder, wobei ihm förmliche Stücke Fleisch herausgerissen wurden. Durch das herzerstreuende Schreien wurde auch das Pferd wild und schlug den Schwerverletzten mit dem Hintertreibe an den Kopf. Es wurde sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen, doch liegt der Unglückliche hoffnungslos darnieder.

Bremen. Senat und Bürgerschaft von Bremen erklärten sich gegen die von des Volksschullehrern angelegte Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen.

Stadthallen-Theater.

„Minna von Barnhelm“, Lessings fünftätiges Meisterlustspiel, bildete die erste Vorstellung, die am Sonnabend unter der Direktion Piorkowski in Szene ging. Das Theater bot ein in diesem Sommer ganz ungewöhnliches Bild, denn der Saal war sehr gut besetzt. Die Aufführung war durchweg lobenswert; namentlich die Damen Düler (Minna), Wena (Franziska) sowie die Herren Waldheim (Tellheim) und Siener (Wirt) verdienen und fanden die Anerkennung des Publikums. — Auch der gestrige Sonntag hatte trotz des schönen Wetters ein zahlreiches Publikum ins Theater gelockt. Das Programm brachte „Doktor Klaus“ und „Sankt Sudeheim“, insgesamt acht Akte; trotzdem hielt der größte Teil des Auditoriums bis zum Schluß aus und spendete den Darstellern reichen Beifall. Somit beginnt die von Herrn Piorkowski geleitete Sommeraison unser sehr günstigen Auspizien. Hoffentlich erhält und vermehrt sich das Interesse des Publikums, damit es der Direktion möglich ist, auch in Zukunft gutes bieten zu können.

Lehrer Nachrichten.

Leipzig. Im hiesigen Palmengarten stürzte ein verheirateter Heizer namens Brall in einen Behälter mit kochendem Wasser und erlitt den Verbrennungstod.

St. Petersburg. Ein furchtbarer Hagelsturm mit einem Orkan vernichtete im Kreise Melitopol (Gouv. Laurin) gegen hunderttausend Desjatinen Saaten und Weinberge. Es fielen Hagelstücke bis zwei Pfund schwer, durch die viel Vieh erschlagen wurde.

London. Bei der Station Progranitschaja der Güterbahn ist ein Personenzug entgleist. Ungefähr 100 Personen sind teils getötet, teils verwundet worden.

Briefkasten.

A. D. S. Es zeugt weder von Bildung noch von Anstand, wenn Ihnen jemand in böswilliger Absicht Unrat auf Ihren Hof wirft. Wenn Sie sich nicht anders gegen den „gebildeten“ Menschen wehren können, dann erstatten Sie Anzeige.

2. Streitende. Die Bahnstrecke von Lübeck nach Mölln begiffert sich auf 30 Km.

Ämtliche Notizen der Produktenbörse.

Inländisches Getreide. Lübeck, 16. Juni. Weizen, 125—130 Pfd. holl. Mt. 180—187, Roggen 120—125 Pfd. Mt. 160—165 Hafer, je nach Qualität Mt. 165—175, Gerste je nach Qualität Mt. 160—165

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Silbernen Hochzeit sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

A. Lutzke und Frau.

Ein leeres Zimmer zu vermieten zum 1. Juli Fischergrube 24, I.

Gesucht zum 1. August einfaches junges Mädchen, welches mit der Hausfrau zusammen sämtliche Hausarbeiten übernimmt. Off. u. L. D. 55 an die Exp. d. Bl.

Gesucht zu sofort ein ordentliches Mädchen für häusliche Arbeiten und bei Kindern! Wilh. Menschel, Untertrave 53.

Verheirateter junger Mann sucht zum Volkstheater Beschäftigung als Kellner. Anz. u. C. J. an die Exp. d. Bl.

1 gutes Bett u. e. Küchenschrank zu verkaufen. J. Brandt, Rensfeld, Mühlentstraße.

Ein guterhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen. Werderstraße 28, I., links.

Ein Kinderwagen billig zu verk. Spillerstraße 15, I.

Verloren vor dem Postamt oder in der Stadt ein Trauring, gel. W. D. ... Offern 1904. Abzugeben. Roßkötter Allee 161, I.

Sommer-Ausverkauf

in Schuhwaren.

Nur solange Vorrat reicht.

Ein Posten Baby-Schuhe u. Stiefel ^{17 21} jetzt 50 Pfg.	Ein Posten Tennisschuhe m. Gummisohle ^{1 00} Mk.
Ein Posten Kind.-Roß-Knpf.- u. Schnürsch. ^{22 26} jetzt 1 00 Mk.	Ein Posten Herren-Leder-Hausschuhe mit Absatz, jetzt 2 00 Mk.
Ein Posten Kinder-Hausschuhe alle Größen jetzt 1 00 Mk.	Ein Posten Herren- u. Damen-Morgensch. (Niedertreter) jetzt 1 00 Mk.
Ein Posten Dam.- graue u. weiße Schuhe mit hohem Absatz, jetzt 2 00 Mk.	Ein Posten Damen-Lasting-Morgensch. jetzt 1 40 Mk.
Ein Posten Damen-braune Kpf.-Schnr.- u. Agr.-Sch. jetzt 3 00 Mk.	Ein Posten Herren-Segeltuchschuhe jetzt 2 50 Mk.
Ein Posten Dam.-br. Knpf.- u. Schnr.-Stief. jetzt 4 25 Mk.	Ein Posten Dam.- graue u. beige Stiefel mit Lackspitzen, jetzt 2 50 Mk.

Auf sämtliche farbigen Waren Damen, Herren und Kinder **10%** Rabatt.

W. Blumenthal

Lübeck.

Kohlmarkt, Ecke Sandstraße.

Lübeck.

Eine Wohnung zu vermieten im Preise von 300 Mk. Drögestraße 19

Adolf Häbner, Uhren- u. Gold-warenhandlung, u. Reparaturwerkstatt. Hühnenhaufen 13.

5-10 per Brund zagle für Hausstands-impfen bis auf weiteres. 37 Alstraße 37. Geöffnet von morgens 7 bis abends 8 Uhr

Bordeauxweine

Medizinal-Tokayer, Samos, Malaga, Portwein, Sherry, Madeira, Rum, Kognak, Arrak in allen Preislagen und in nur besten Qualitäten.

Wilhelm Rahfoth, Lübeck, Untertrave 113.

F. G. T. O.

Deutsche Großloge Lubeca No. 59 tagt jeden Dienstag und Freitag abends 9 Uhr bei Sasse, Johannisstraße 25. Aufnahme neuer Mitglieder beliebig.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hüttenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. (Hauptstelle Lübeck)

Mitglieder-

Versammlung

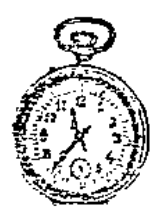
am Dienstag den 19. Juni abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 58-52

1. Aufnahme neuer Mitglieder
 2. Vortrag des Kollegen Raddeu.
 3. Der Kartellvertrag zwischen Bau- u. Fabrikarbeiter.
 4. Kartellbericht und Beschiedenes.
- Für die auf Besuchen beizuhaltenden Kollegen ist es dringend notwendig, in dieser Versammlung zu erscheinen.
- Die Ortsverwaltung.

8-10 Mark täglich

können Händler und Hausierer durch Verkauf eines einzig dastehenden 10 Pfg.-Konsum-Artikels verdienen. Näheres Bedergrube 27, 1.



Uhrenfeder einsetzen 1.50 Mk. Taschenuhr reinigen 1.50 Mk. 1 Jahr Garantie. Ernst Gentzen, Uhrmacher, Königstraße 62, b. d. Hühnerstraße.

Pappdächer leeren und ausbessern à 20 Pfg. 6-7 Pfg. unter 2-jähriger Garantie. Herm. Krüger, Dachdecker, Fleischhausstr. 92 96

Definitiv nur 7 Tage von Dienstag, den 19. bis einschliesslich Montag, den 25. Juni 1906.

Zirkus Corty-Althoff.

Burgfeld. Lübeck. Burgfeld. Dienstag den 19. Juni 1906, abends 8 Uhr:

Große Gala-Eröffnungs-Vorstellung

mit einem hier noch nie gesehenen weltstädt. Sensations-Programm. Mittwoch den 20. Juni, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr:

2 Vorstellungen. 2

Preise der Plätze:

Zu den Nachmittags-Vorstellungen: Nummer Logenplatz 1.50 Mk., nummer. Sperrung 1 Mk., unnum. I. Platz 75 Pf., II. Platz 50 Pf., Gallerie 25 Pf. (Stehplatz). Kinder zahlen denselben Eintrittspreis. Zu den Abendvorstellungen: Num. Logenplatz 3 Mk., num. Sperrung 2 Mk., I. Platz 1.50 Mk., II. Platz 1 Mk., Gallerie 50 Pf. (Stehplatz). Kinder unter 10 Jahren und Militär vom Feldweibel abwärts zahlen in den Wochentags-Abend-Vorstellungen I. Platz 1 Mk., II. Platz 60 Pf., Gallerie 30 Pf. Die Billets haben nur zu der Vorstellung Gültigkeit, zu welcher sie gelöst sind.

Zu den an allen Wochentagen von 10-12 Uhr vorm. stattfindenden Proben zahlen Erwachsene 20 Pf., Kinder unter 10 Jahren 10 Pf. Entree. Die Zirkuskasse ist geöffnet: an Tagen, an welchen eine Vorstellung stattfindet: von 11-1 Uhr und von 6 1/2 Uhr abends bis nach Schluß der Vorstellung; an Tagen, an welchen zwei Vorstellungen stattfinden: von 11-1 Uhr vormittags und von 3 Uhr ab ununterbrochen den ganzen Tag.

Aktueller Billeter-Vorverkauf zu den Abend-Vorstellungen bis 1/2 Uhr abends in dem Zigarren-Geschäft von Friedr. Sager, Kohlmarkt. Hochachtungsvoll Pierre Althoff Direktor und Eigentümer des Zirkus Corty-Althoff.

Hansa-Theater

Nur noch heute Dienstag den 18. Juni: Das urkomische Volksstück 3 Tage aus dem Kölner Leben.

Morgen Mittwoch den 20. Juni, abends 8 Uhr:

Première! Kölner Karneval

Preise der Plätze wie bekannt. Vorverkauf bis 5 Uhr abends b. Sager. In Vorbereitung:

Tünnes & Comp.

Stadthallen-Theater.

Direktion: L. Piorkowski. Dienstag den 19. Juni 1906. 8 Uhr. Zum letzten Male:

Die Jugendfreunde.

Lustspiel in 4 Akten von Ludw. Fulda. Vorverkauf an der Theaterkasse, ferner bei F. W. Kappel und Otto Borchert, Breitestr. Dankscheit nur an der Theaterkasse. Ab 9 Uhr: Schnittbillet. Mittwoch: Sean. Donnerstag: Doktor Klaus.

Vom internationalen Bergarbeiterkongress.*)

Von Otto Hue.

Die Beschlüsse des vom 5. bis 8. Juni in London abgehaltenen 17. internationalen Bergarbeiterkongresses sind in der Hauptsache nur Bestätigungen und Wiederholungen früherer Kongressbeschlüsse. Fast immer einstimmig oder nur gegen eine geringe Minorität sprachen sich die 119 Delegierten in Vertretung von über 1.400.000 Bergarbeiter aus für gesetzliche Beschränkung der Bergwerksschicht auf acht Stunden inkl. Ein- und Ausfahrt, Verbot der Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie, gänzliches Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren und der unterirdischen Tätigkeit von jugendlichen Arbeitern vor Vollendung des 16. Lebensjahres, Einführung von Arbeiterkontrollen zwecks Verhinderung der Subventionen, Festlegung eines auskömmlichen Minimallohnes durch Tarifverträge, gesetzliche Garantie einer auskömmlichen Pension für arbeitsunfähig gewordene Bergleute bzw. ihre Hinterbliebenen, Verstaatlichung der Kohlengruben. Ein anderer Teil der vorliegenden Anträge, die sich auf den Ausbau der internationalen Bergarbeiter-solidarität und internationale Streikfragen bezogen, wurden (ein Novum auf dem internationalen Bergarbeiterkongress) in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.

Wer sich der ersten internationalen Bergarbeiterkongresse erinnert, oder sie wohl gar mitgemacht hat, weiß, wie oft es da über Geschäftsordnungsfragen zu förmlichen Sitten-gekommen ist und wie innerhalb der englischen Delegierten das Verständnis für die Notwendigkeit auch der aktiven politisch-parlamentarischen Arbeitervertretung nur sehr schwach entwickelt war. J. W. lehnte auf den ersten Kongressen die Engländermajorität auch ab, über die Sozialisierung der Gruben zu verhandeln; das sei keine gewerkschaftliche Angelegenheit. In den letzten Jahren trat der alte Trade-Unionismus aber immer schwächer auf; insbesondere die Schotten erklärten sich nachdrücklich, die Marguerite-Strategie führe nicht zum Ziel, auch die politisch-parlamentarische Propaganda müsse gepflegt werden. Auf dem diesjährigen Kongress feierte der alte Bergarbeiterparlamentarier Edward als seiner Erfindungsberechtigter den großen Erfolg der englischen Arbeiterpartei bei den letzten Parlamentswahlen. Edward, der Präsident der großen englischen Miners-Federation ist, bezeichnete die gewerkschaftliche und politische Aktion als gleichwertig und gleich notwendig; er deklarierete den internationalen Kongress auch als eine Demonstration gegen den Militarismus und fand förmlichen Beifall im ganzen Kongress. Hierin dokumentierte sich der große Fortschritt, den die in Deutschland noch vielfach als Marguerite-Schiffen bezeichneten englischen Trade-Unionisten in der Richtung zur Erkenntnis ihrer Masselage gemacht haben. Und doch diese Kundgebung in London, in unmittelbarer Nähe des Parlaments erfolgte, darin erblickt ein bedeutendes Moment. Die englische Arbeiterpartei (Dunham und Northumbria) gegen die Anschauungen Edwards, trat fast gar nicht hervor, bezog sich sehr passiv, was ebenfalls auf einen Umschwung in der Stimmung der englischen Bergleute schließen läßt.

Der deutsche Antrag, den Kongress nur alle 2 Jahre tagen zu lassen, wurde zwar vorzüglich nach seiner Befürwortung durch die Franzosen und Belgier abgelehnt. Indessen, da die Gegner dieses Antrags in ihm eine Störung der internationalen Bergarbeiterbeziehungen erblickten, ist auch diese Ablehnung im Grunde genommen nur eine Solidaritätserklärung und bezweckt nicht dergleichen. Ja, ich darf sagen, die deutsche Delegation ist noch von keiner Kongress so befruchtigt hervorgegangen, wie von diesem. Es herrschte auf ihrer eine erhebende Harmonie, alles wurde verstanden, was Bitterkeit hinterlassen konnte. Amerikaner, Belgier, Deutsche, Engländer, Oesterreicher und Franzosen wirkten in dem

Bemühen, sich entgegen zu kommen, die sprachlichen Schwierigkeiten durch Anberaßung mancher geschäftsordnungsmäßiger Formalitäten zu verkleinern. Was das bedeutet, weiß jeder Teilnehmer an einem internationalen Kongress zu würdigen.

Und doch sah es anfangs aus, als ob gerade dieser Kongress unruhig verlaufen würde. Unerwartet von uns allen erschien auch eine Delegation des christlichen Gewerkevereins der Bergleute Deutsch-Land! Wenige Tage vorher hatte sie sich beim Generalsekretär Ashton telegraphisch angemeldet. Nach dem Kongressgebräuch war die Anmeldung zu spät erfolgt, die Delegation konnte aus formellen Gründen abgelehnt werden. Pünktlich die 12 den deutschen Bergarbeiterverband vertretenden Mitglieder für die Nichtzulassung der drei Gewerkevereinsdelegierten vollzogen, so würde sich der Kongress dem angeschlossenen haben. Aber warum sie nicht zulassen? Formelle Gründe können für uns bei solchen Entscheidungen nicht maßgebend sein. Tatsächliche Erwägungen liegen es sehr wünschenswert erscheinen, die christliche Delegation nicht abzuweisen.

Schon im Jahre 1897 hat der damalige Generalsekretär Vicard auf unsere Veranlassung auch den christlichen Gewerkeverein zum Kongress eingeladen. Dessenfalls hat damals das Gewerkevereinsorgan die Einladung höflich zurückgewiesen. Aber die Verhältnisse lagen ganz anders. Der Gewerkevereinsvorstand und sein „Organ“ hatten damals — wovon sie öffentlich nichts verlautbarten — zwei Delegierte zum internationalen Kongress gewählt. Es waren die beiden Vereinsvorsitzenden Brust und Wahl. Als es sich darum handelte, welche Stellung die Gewerkevereinsdelegierten zu den einzelnen Anträgen, speziell zu den Delegierten des Verbandes einnehmen sollten, zeigte die Richtung, die der Gewerkevereinsdelegation eine mehr protestierende Haltung zuweisen wollte und schließlich wurde aus der Delegation nichts. Statt der eigentlich schon gewählten Delegierten erschienen Vertreter in der Gewerkevereinspartei, die den internationalen Kongress als eine „unpolitische“, „gelderschwendende“, „diplomatische“ Veranstaltung verurteilten und die Kongress-Delegierten verhöhten.

Inzwischen sind über acht Jahre vergangen, die Vertretung des altenglischen Gewerkevereins auf den internationalen Bergarbeiterkongressen ist völlig in den Hintergrund getreten, während früher unerschrocken gegen die sozialistischen Argumentationen auf dem Kongress protestiert wurde (1894 in Berlin, 1896 in Aachen), sind schon seit 1900 (Paris) die Engländer immer häufiger mit der Betonung sozialistischer Grundzüge hervorgetreten. Nachdem diese Entwicklung vollzogen, erschienen Vertreter einer deutschen christlich-nationalen Bergarbeiterorganisation auf dem 17. internationalen Bergarbeiterkongress und ersuchen um Zulassung. Ihr Sprecher Effert erklärte ausdrücklich im Laufe der Verhandlungen, die Gewerkevereinsdelegation werde im Sinne der internationalen Kongressbeschlüsse handeln. Für die anwesenden Mitglieder des Bergarbeiterverbandes lag kein stichhaltiger Grund vor, gegen die Gewerkevereinsdelegation zu stimmen. Es ist Sache der Gewerkevereinsführungen, den Kongressbeschlüssen mit zur Durchführung zu verhelfen. Sollte sich im laufenden Jahre zeigen, daß die Gewerkevereinsdelegation die Kongressbeschlüsse nur platonisch ansieht, dann wird die Verbanddelegation auf dem nächsten stattfindenden Kongress die Nichtzulassung einer Gewerkevereinsdelegation beantragen. Diese Erklärung wurde unparteiisch abgegeben und darauf erfolgte die Zulassung der Gewerkevereinsdelegation.

Sie hat sich auch in keiner Weise als Oppositionsgruppe gezeigt, sondern aktiv und passiv mitgewirkt. Einer von französisch-belgischer Seite beantragten Sympathieerklärung für die russische revolutionäre Bewegung zeigte die Gewerkevereinsdelegation keinen Widerspruch entgegen. Ohne Opposition

zu finden, konstatierte der Präsident, die Sympathie-Resolution sei einstimmig angenommen worden. Als die Northumbriaer und Durham'er sich gegen die gesetzliche Beschränkung der Schichtzeit aussprachen, erklärte Effert ausdrücklich, die Gewerkevereinsdelegation würde für den Antrag des Deutschen Bergarbeiterverbandes stimmen. Bei einer anderen Gelegenheit gab der Gewerkevereinsdelegierte ebenfalls die Erklärung ab, sie seien vollkommen mit dem Einverständnis, was der Präsident dieses Artikels über die Notwendigkeit und praktische Durchführbarkeit internationaler Arbeiter-solidarität ausgeführt habe. Die Gewerkevereinsdelegierten stimmten für sämtliche von den Verbandsdelegierten gestellten Anträge.

Spezielles und Partielles.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Fensterputzer streiken in Hannover-Linden. — Der Malerstreik in Gelsenkirchen ist erfolgreich beendet. — Die Verabredungen, die schließlich zur Beendigung der Metallarbeiterausperrung in Dresden führten, enthielten auch den Passus, daß die Arbeitsbedingungen nach Wiederaufnahme der Arbeit nicht verschlechtert werden dürften. Daran haben sich aber einige Firmen, vor allem die Eisenwerke Louis Paul in Radebeul, nicht gehalten. Sie nahen Lohnreduktionen vor, und als dieses vertragsbrüchige Verhalten von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ festgestellt wurde, maßregelte sie zwei Arbeiter. Darauf haben die Arbeiter dieser Firma am Donnerstag voriger Woche mit einmütiger Arbeitsniederlegung geantwortet.

Schuhmacher-Verbandsstag. Beschlossen wurde am Donnerstag v. B. den Gau 8 als selbständigen Gau einzurichten und in Hamburg einen Gaubeamten anzustellen. Berichtigende bezüglich des Fachblattes gestellte Anträge fanden darauf ihre Entscheidung. Nachher wurde zur Statutenberatung geschritten; dieselbe ist ausschließlich interner Natur. Am Nachmittag fand eine Besichtigung der Landesausstellung statt.

Generalversammlung der Brauereiarbeiter. Donnerstag vor. Woche wurde die Diskussion des Ausschussesberichtes fertig gestellt. Nachdem der Bericht der Rechtskommission gegeben war, behandelte Bauer die Kämpfe in Hamburg und Rheinland-Westfalen. Nach langer Debatte, die teils für, teils gegen den Hauptvorstand gerichtet war, wurde dieser Punkt als erledigt betrachtet. Hierauf trat Berathung ein.

Als großer Bergmannsfreund hat sich der preiswürdige Handelsreisende Delbrück in einer Rede ausgesprochen, die er den Vertretern der Bergarbeiter des Saarreviers hielt. Nach offizieller Angabe hat er ausgeführt: „Wir sind alle bis zum Halse aufwärts befreit, die Gruben so zu führen, wie es im Interesse der Arbeiter liegt. Von uns wird alles getan, Ihre wirtschaftliche und moralische Existenz zu sichern. Wer auf bloßem Gangeben beschäftigt ist, wird wissen, was von uns in dieser Beziehung im Laufe der letzten fünfzehn bis zwanzig Jahre geschehen ist. Wenn aber trotzdem Differenzen vorkommen, so wünschen wir, daß Ihre Wünsche uns vorgebracht werden. Diese werden dann, soweit es möglich ist, herbeigeführt werden, sobald sie von den Mitgliedern des Grubenausschusses an maßgebender Stelle vorgebracht worden sind. Wir sind niemals eine Menschenhand gewesen; wir werden uns auch dann schließlich friedlich zeigen, und das wird immer Ihr und unser Bestes sein. Lassen Sie sich nicht von außen einreden, daß der Unternehmer nicht Ihr Freund ist. Wir sind aufeinander angewiesen: Sie auf uns und wir auf Sie! Wir haben den besten Willen, Ihnen ein gerechtes Arbeitsgehalt zu sein, daß Sie sich alle wohl fühlen in unserer Arbeit.“

Im Banne des Spiritismus.

Beltroman von Friedrich Thiele.

(37. Fortsetzung.)

(Nachherd verboten.)

„Mr. Dow, haben Sie die Güte, uns den Brief zu übersehen,“ bat mehrere Stimmen zugleich.

„Sehe gern.“

Der Amerikaner hob das Dokument empor, um dem an ihn ergangenen Ersuchen zu entsprechen, aber ein Zuruf Kalles hinderte ihn an der Ausführung seines Vorlages.

„Dies nicht, Allan, — ich möchte meinen verehrten Freunden und Zuhörern noch einen weiteren Hinweis von der Macht der Adepten geben, die mich gefandt haben. Gib den Brief und den Ring an die Frau Baronin.“

Mr. Dow gehorchte ohne Widerrede.

„Bitte, Frau von Tillo, wollen Sie das Pergament wieder so zusammenrollen, wie es gewesen ist, und geben Sie dasselbe Herrn Prof. Dr. Simrath.“

Frau von Tillo brachte das Dokument wieder in seine vorige Befassung, befestigte den Ring wie vorher und reichte die kleine Rolle dem Professor, der diese in Empfang nahm und die Adepten erwartungsvoll anblickte.

„Frau Baronin, sind Sie im Besitze einer verschließbaren Kiste, eines Schrankchens oder eines ähnlichen Apparates?“

„Ja, gewiß — mein Schmuckkästchen — würde es genügen?“

„Wenn es gut verschließbar ist.“

„Bitte, Agnes, hole es.“

„Nehmen Sie die Schmuckkästchen heraus, gnädiges Fräulein, und bringen Sie uns die leere Kiste,“ wandte sich Katie an die junge Dame.

Agnes stand auf, um den Auftrag der Mutter zu voll-

ziehen. Nach wenigen Minuten kehrte sie mit der Kiste zurück.

„Geben Sie diese dem Herrn Professor.“

„Professor Simrath nahm das steife Ebenholzkästchen und befragte mit einem erstaunten Blicke die Samaritane nach ihren weiteren Anordnungen.“

„Überzeugen Sie sich, daß die Kiste völlig leer und gut verschließbar ist — lassen Sie auch die übrigen Herrschaften sich überzeugen — dann legen Sie die Rolle hinein, verschließen die Kiste, behalten diese in Ihrer Verwahrung und übergeben den Schlüssel einer der Damen oder einem der Herren.“

Der Professor noch immer nicht klar darüber, wo das Ganze eigentlich hinauswolle, legte die Rolle in den Schrein, verschloß diesen — er und die andern Gäste hatten sich vorher von der völligen Leere und der Unmöglichkeit einer andern als durch den Schlüssel herbeigeführten Eröffnung zur Gewissheit überzeugt — und reichte den Schlüssel seiner Tochter, während er selbst die Kiste vor sich hinlegte.

„Bitte legen Sie noch Ihre beiden Hände darauf,“ gebot Mrs. Hyde.

„Woher das?“

„Um jeder Möglichkeit eines Betrugs vorzubeugen. So — ich danke Ihnen.“

Katie Hyde erhob sich wiederum, winkte den Adepten, ihre Plätze beizubehalten, und wiederum ihre Augen offen zu halten, wie sie halb lächelnd hinzulegte, dann erklärte sie, da die Herrschaften der arabischen Sprache nicht kundig seien, so wolle hinterher leicht ein Zweifel darüber entstehen, ob die von Mr. Dow gegebene Uebersetzung auch dem wirklichen Inhalte des Dokumentes entspreche. Mr. Dow ist mein Gefährte, dieser Umstand könnte Ihren Verdacht erwecken — ich will daher meine Auftraggeber bitten, uns dieselbe Urkunde in deutscher Sprache zukommen zu lassen.“

Wiederum vertheilte sie sich in ihr Gebet. Als sie nach einer Weile ihre geschlossenen Augen wieder exporcierte, sagte sie ruhig:

„So, Herr Prof. Dr., nun öffnen Sie die Kiste.“

Der Professor empfing den Schlüssel aus der Hand seiner Tochter, schloß die Kiste auf und nahm die Rolle heraus. Fast lächelte er, als er sie in Händen hielt, denn es war unabweisbar noch die alte.

„Bitte, öffnen Sie die Rolle und lesen Sie uns den Inhalt vor.“

Er tat es in der fernen Uebersetzung, diesmal einen Mißerfolg der Schein-konstatieren zu können. Kaum hatte er jedoch den Ring entfernt und die Rolle geöffnet, so malte sich außerordentliche Fremdenheit in seinen Zügen. Das waren wohl dieselben fremdartigen altarabischen Buchstaben, aber es war keine arabische, sondern eine verschörbete lateinische Schrift, der Text in deutscher Sprache abgefaßt und deutlich lesbar.

Befremdet nahm er nochmals eine sorgfältige Prüfung des Ringes und Briefes und lobte den Professor vor — kein Zweifel, es war derselbe Ring, es war dasselbe Pergament, und die Beschaffenheit der Kiste würde jede Möglichkeit einer unbefugten Eröffnung selbst dann ausgeschlossen haben, wenn er sie nicht in der Hand gehalten und den Schlüssel nicht seiner Tochter zur Aufbewahrung anvertraut hätte. Es war auch nicht etwa ein doppelter Boden vorhanden, indem vielleicht ein anderer Brief hätte geborgen werden können.

„Nun, Herr Prof. Dr.,“ fragte Mr. Dow nicht ohne Beimischung von Ironie, „haben Sie irgend einen Umstand entdeckt, der Sie berechtigt, diesem seltsamen Vorgang den Charakter einer betrügerischen Manipulation beizulegen?“

„Nein“, entgegnete Simrath kurz.

Nachdenklich, ja mit einem gewissen Unbehagen las er die wenigen Zeilen der Urkunde vor:

Aus Maß und Herr.

Vergessen Sie das nicht, und verderben Sie das gute Verhältnis nicht, indem Sie von außen hereingetragen werden. Einflußerungen glauben! Das wollte ich Ihnen gesagt haben, und zwar von gutem Herzen. Einen Rat möchte ich Ihnen gegeben haben: Haben Sie Vertrauen zu Ihren Vorgesetzten und lassen Sie sich nicht einreden, daß Sie mit Kampf und unfreundlichem Auftreten mehr erreichen, als wenn Sie mit Ihren Vorgesetzten auf gutem, freundschaftlichem Fuße sich bewegen, wie dies bisher bestanden hat und zum Besten der Volksgemeinschaft gewesen ist!

Wir wollen den guten Willen des Ministers, ein „gerechter Arbeitgeber“ zu sein, nicht in Zweifel ziehen. Aber mit dem gutem Willen allein ist es nicht getan, wenn ihm nicht die Taten folgen. Nur solche Taten können auch das Vertrauen der Arbeiter erwerben, nicht aber schöne Worte allein. Schöne Worte haben die feilschenden Bergarbeiter genug gehört; mit den Taten aber sieht es sehr bedenklich aus; die Maß wahrlich nichts weniger als vertrauenswürdig. Man braucht sich nur zu erinnern, daß die Regierung es hat geschehen lassen, daß in der Berggesetznovelle aus dem schwächlichen Arbeiterrecht gemangelte Arbeiter geworden ist. Das hat nicht zum wenigsten geholfen, die Bergleute des Saarreviers aufzuwachen. Und es verdrät eine völlige Verkennung der Sachlage, wenn der Minister die lebhaftesten Regungen des Klasseninteresses, die sich bis jetzt an der Saar zeigen, auf Einflüsterungen von außen glaubt zurückführen zu dürfen nach dem alten Schlagwort: Ausländer, Fremde sind's zumiß! Die Bergarbeiter selbst fühlen die Ungleichheit ihrer Arbeitsverhältnisse; ihre Wünsche und Forderungen werden ihnen unmittelbar durch die Not des Lebens aufgedrängt. Was sie fordern, erscheint ihnen nicht nur berechtigt und möglich, sondern auch notwendig. Aber über das, was berechtigt und möglich ist, will der Minister keine Verwaltung sich allein in die Entscheidung vorbehalten; wer mehr verlangt als das wenige, das der Minister für „möglich“ hält, macht sich „unfreundlichen Auftretens“ schuldig, wodurch er die gnädige Wohlwollenheit des Ministers ein für allemal verscherzt. Da scheiden sich eben die Geister. Die Arbeiter selbst wollen mißsprechen über ihre Arbeitsbedingungen und nicht mehr sie sich einfach von oben herab diktiert lassen.

Die Düsseldorf Justiz hat sich gründlich blamiert. Genosse W o m m, der im Polizeiverordnungsverfahren gegen den Genossen Schotte von der „Volkszeitung“ wegen Mißliebverdrachts verhaftet wurde, ward am Mittwoch in später Abendstunde aus dem Gefängnis entlassen. Der erdrückende Haß der Entlassungsbehörde konnte die Anklage nicht standhalten und so mußte die Klassenjustiz ihr Opfer herausgeben, das 16 Tage ungeschuldig hinter Kerkermauern geschmachtet hat. Tags zuvor war noch ein Besuch auf Haftentlassung gegen Kaution abschlägig beschieden worden. Das Urteil gegen den Genossen Schotte muß nunmehr einer Revision unterzogen werden. Gespannt darf man sein auf das, was mit dem Schutzmann geschehen wird. Unser Düsseldorf Parteiblatt bemerkt zu der Entlassung u. a.: „Nach den Heugenauslagen haben wir keinen Augenblick an der schließlichen Freilassung Womms gezweifelt und wir haben Polizei und Gericht einordentlich und oft genug ihre heillose Klamage vorausgesagt. Tagtäglich meldeten sich auf unserer Redaktion Zeugnisse des Vorfalls, auf der Straße, wo wir uns sehen ließen, wurden wir dieserhalb angehalten. Noch während wir diese Zeilen schreiben, überbringt man uns die schriftliche Aussage eines Augenzeugen, die im wesentlichen alles bestätigt, was W o m m beschworen hat.“

Viertes internationales Arbeiterfest in den Alpenländern. Die letzte Delegiertenversammlung der an den Bodenseenferstaaten bestehenden Organisationen hat beschlossen, daß das nächste Internationale Arbeiterfest in Dornbirn (Vorarlberg) stattfinden soll. Die Genossen Dornbirn haben als Festtag Sonntag, den 29. Juli, festgesetzt. Der Vorarlberger Arbeitersekretär Genosse E. d. Ertl wird am Vormittag in der Delegiertenversammlung referieren, nachmittags auf dem Festplatz in der Eng werden die Genossen Reichratsabgeordneter Ignaz D a s j i n s k y aus Kratau und Paul P f l ü g e r, Pfarrer in Bütz, als Festredner sprechen.

Konfiziert wurde in Mannheim die Dienstag ausgegebene Nummer der „Mannheimer Volksstimme“. Es war darin ein Gedicht enthalten, das aus der „Welt am Montag“ entnommen und „Ein Wamseridyll“ betitelt war. In Redaktion und Druckerei wurde eine peinliche Durchsuchung vorgenommen. Was durch das Gedicht verbrechen sein soll, ist nicht bekannt.

Ein sozialdemokratisches Mustergut. Ueber die Mitteilung des „Vorwärts“, daß auf dem Gute des Genossen Ehardt Kommodoren der 1. Mai seit Jahren durch Arbeitsruhe gefeiert wird, hatte das Bündlerorgan, die „Deutsche Tageszeitung“ dumme und bochhafte Bemerkungen gemacht und am Schlusse derselben trübte das Mustergut in Gänzfischen allen intelligenten Landleuten dringend empfohlen. Genosse Ehardt hat darauf im „Vorwärts“ in seiner Bescheidenheit erwidert: „Ob mein Gut ein Mustergut ist, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls bemühe ich mich, es dazu zu machen, so weit es in meinen Kräften liegt und so weit meine Mittel reichen.“ Der Befall hat es nun gewollt, daß ein paar Tage nach dieser Zuschrift von einer, selbst der „Deutschen Tageszeitung“ doch wohl kompetent genug erscheinenden Stelle ein Urteil darüber abgegeben wurde, ob das Gut des Genossen Ehardt als Mustergut zu betrachten ist oder nicht. Am 26. Mai d. J. veranfaßte der landwirtschaftliche Zentralverein für Wittauen und Maßuren, für die Kreise Johannsburg, Lyd und Ditzko seine diesjährige Bezirksversammlung. Nach einem Bericht der „Döhr. Bzg.“ legte diese Tierchau wieder mal Zeugnis dafür ab, daß sich die Vieh- und Pferdehaltung in Maßuren im konstanten Fortschritt befindet. Dem Parteigenossen Gutbesitzer Ehardt Kommodoren wurden folgende Preise zuerkannt: 1. Für Rindvieh, Repräsentation ganzer Ruchten: der silberne Ehrenpreis, 2. für Bullen über 36 Monate alt: erster Preis 120 Mk., 3. für Stierken: zweiter Preis 40 Mk., zweimal derselbe, 4. Rüh in Milch: zweiter Preis 50 Mk., viermal derselbe. Dieses Urteil der Preisrichter in Verbindung mit den durchaus sehenswerten maßergültigen Einrichtungen dieses Gutes, rechtfertigen wohl die Bezeichnung Mustergut. Und das alles trotz Arbeitsruhe am 1. Mai, trotz guter Löhne und menschenwürdiger Behandlung der Arbeiter, sowie gesunder Wohnungen für dieselben. Bei dieser Gelegenheit möchten wir übrigens noch mitteilen, daß es in Döhringen auch ein 4000 Morgen großes Gut gibt, auf dem der 1. Mai seit einer Reihe von Jahren durch vollständige Arbeitsruhe gefeiert wird. Das Gut gehört dem Gutbesitzer Genossen A. H o s e r, Gr. Staisgirren. Es ist eine der größten und einträglichsten Besitzungen im Kreise Raguit.

Noch etwas vom polnisch-deutschen Kriegsschauplatz. In Roschmin in der Provinz Posen bestanden zwei Schützenjäger, eine deutsche und eine polnische. Während nun am letzten Sonntag die deutsche Gilde in geschlossenem Zuge nach dem Schützenhause hinausmarschieren durfte, wurde der polnischen Gilde der Ausmarsch verboten. Die letztere marschierte dennoch aus und ihr Vorstand wird sich deshalb vor Gericht zu verantworten haben. — In Preußen sind bekanntlich vor dem Gelehe alle gleich!

Fluchtversuch einer Verurteilten. Einen großen Aufstand erregte eine eigenartige Szene, die sich auf dem Korridor des neuen Kriminalgerichts in Berlin ereignete. Wollende Hüterin, die schließlich in ganz unartikulierte Töne ausarteten, alarmierten das ganze Kriminalgericht. Eine ältere Frau, die sich mit Händen und Füßen wehrte und dabei jene Schreie ausließ, wurde nur mit großer Mühe von zwei Gerichtsbedienten über den Korridor geschleppt. Ihr folgte ein kleines Mädchen, das weinend der Abgeführten nachschielte und dabei ängstlich nur die Worte „Mutter, Mutter!“ hervorbrachte. Dieser Szene, die großes Aufsehen erregte, lag folgendes zugrunde: Die 45jährige Aufwarterin Antoinette N o w a d fand unter der Anklage des Diebstahls vor dem Schöffengericht I. Sie wurde beschuldigt, einen Schirm gestohlen zu haben. Die erste Verhandlung wurde dadurch vereitelt, daß die Angeklagte plötzlich erklärte, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein, sondern nur polnisch zu verstehen. Unter Hinzuziehung zweier Dolmetscher ging nun die Verhandlung vor. Da die Frau bereits viermal wegen Diebstahls vorbestraft ist, erkannte das Gericht auf zwei Monate Gefängnis. Während der Urteilsverkündung begann N. auf die Belästigungen und den Vorwurf, daß in der gemeinsamen Wäsche zu schimpfen. Als wegen großer Ungebühr vor Gericht eine Ordnungsstrafe von sechs Stunden Haft über sie verhängt wurde, wollte die Frau die Flucht ergreifen. Dabei kam es zu der Szene.

Fiat justitia! In unserem Dresdener Parteiblatt lesen wir: Der Menschheit ganzer Sommer mußte gewiß alle die Personen erfassen, die kürzlich einer Verurteilungsverhandlung vor dem hiesigen Landgericht betwohnten, in der sich folgendes zutrug: Der 1866 in Wlitz geborene Glasmachereibesitzer und Schuhmacher Karl Gottlieb Julius

Böhl hatte für zwei jugendliche Rache, die beim Gutbesitzer Maune in Wlitz bedient waren, die Schuhe repariert und sie gebeten, ihm anstatt Geld etwas Hafer für seine Rindvieh zu geben. Der eine gab ihm für 20 Pfg., der andere für 50 Pfg. Hafer, den beide vorher von ihrem Gutsherrn entnommen hatten. Böhl wurde deshalb wegen Anstiftung zu Diebstahl und Hehlerei unter Anklage gestellt und vom Schöffengericht in Döhringen zu vier Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, und in der gestrigen Verhandlung wurde festgestellt, daß der Angeklagte innerhalb der letzten 10 Jahre zwei geringfügige Bestrafungen wegen Diebstahls und Hehlerei erlitten hat. Mit Bedauern erklärte der Vorsitzende, daß aus diesem Grunde bei der Strafmessung die strafschärfenden Bestimmungen in Anwendung kommen müßten, und daß für jeden der beiden Fälle eine Strafe nicht unter drei Monaten Gefängnis zu verhängen sei. Deshalb habe der Gerichtshof auf die gesetzlich zulässige Strafe von drei Monaten und einer Woche Gefängnis als Gesamtstrafe für beide Fälle erkannt. Um 70 Pfg. Hafer! Der Mann brach in dem Augenblicke im Gerichtssaal zusammen, als das Urteil verkündet ward. — — — Verzweiflung im Herzen und gebrochen sah er noch in den späten Nachmittagsstunden im Korridor des Gerichtsgebäudes, unfähig, das Urteil zu begreifen, das allen das Blut in den Adern erstarrten ließ. Nach einem anderen Bericht hat der Vorsitzende des Gerichts dann Anweisung gegeben, den Verurteilten auf Gerichtskosten in einer Droschke nach Hause zu fahren. Wir haben hier eines jener gerichtlichen Erkenntnisse vor uns, von denen man wirklich sagen kann: Gesetz wird Unfals. Den Richtern ist kein Wort zu machen. In Gegenteil. Sie haben ja getan, was zur Milderung der unangenehmen Härte des Gesetzes und der unbegreiflichen Widerständigkeit des Buchstabens getan werden konnte. Warum aber die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil des Schöffengerichts Berufung einlegte und so dieses fürchterliche Urteil provozierte, das wird so leicht niemand verstehen. Die Anerkennung aller menschlich Fühlenden würde sie sich aber bestimmt verdient haben, hätte sie es bei der schöffengerichtlichen Strafe gelassen. Vier Tage Gefängnis waren immerhin schon eine harte Strafe für diese Lappalie. Wir denken doch, daß es wichtigere Fälle gibt, denen die staatsanwaltliche Aufmerksamkeit viel besser gewidmet wäre.

Unter der Pfaffenherrschaft. Die Dortmunder Arbeiterzeitung“ berichtete kürzlich über die Verprügelung eines schulpflichtigen Raaben durch den Religionslehrer Kaplan Stollenwert in Essen, weil der Raabe den Gottesdienst nicht besucht hatte. Eupere stellte dabei fest, daß der Kaplan seine Befugnisse überschritten hätte, daß der Schulzwang nicht den Gottesdienstzwang einschleife. Der Vater des hier in Betracht kommenden Kindes hatte sich auf Anraten des Arbeiterssekretariats beschwerdeführend an den Rektor der Schule gewandt und erhielt in der Sache den nachstehenden Bescheid: „Auf ihre Beschwerde vom 15. Mai d. J. erwidere ich Ihnen ergebenst, daß der Religionslehrer Stollenwert darauf hingewiesen worden ist, daß es unzulässig ist, einen Schüler wegen Versäumnis des Gottesdienstes zu strafen. Solches wird in Zukunft daher nicht wieder vorkommen. A. Dham, Schulrat.“

Von der Militärjustiz. Wegen einer ganz harmlosen in der Trunkenheit begangenen Rempel, der eine Eiferkuchensaffäre zugrunde zu liegen scheint, fanden vor dem Oberkriegsgericht in Meß der Gefreite Fischer und der Kanonier Starke. Sie waren angeklagt, einen Sergeanten, also einen Vorgesetzten, „lässlich angegriffen“ zu haben. In erster Instanz war Fischer zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, eine Strafe, die jetzt auf das immer noch entsetzliche Maß von fünf Jahren und einem Tag Gefängnis reduziert wurde. Starke, den das Kriegsgericht nur zu sechs Wochen Mittelarrest verurteilt hatte, wurde vom Oberkriegsgericht freigesprochen, da die ihn belastenden Aussagen des Sergeanten ganz schwankend und unsicher waren.

Sternschanz-Viehmarkt. Hamburg, 15. Juni 1906. Der Schweinehandel verlief lebhaft. Zuführt wurden 1288 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandtschweine: schwere 66—67 Mk., leichte 68 1/2—69 Mk., Sauen 57—62 Mk. und Ferkel 65—68 Mk. pro 100 Pfund.

„Preis und Ehre Jehova, dem Gott der Welt und seinem eingebornen Sohne Jesus Christus! Siehe, das ist meine Tochter, Katie Hyde, die Gesandte des Herrn, welche zu Euch gekommen ist, um grade zu machen was ungrade, anzuhilfen das Böse und die Schmach und das Unrecht und die Sünde und Euch wiederzugeben dem Herrn, den Ihr verlangtet!“

Unser Arm ist bei ihr, und unser Geist und unsere Liebe, und unser Arm ist stark, unser Geist ansieht das All und unsere Liebe ist mächtig wie tausend Könige!

Die Natur ist groß und weißt sich ihre Gesetze. Meiner Tochter ist Gewalt verliehen, sie zu beherrschen; sie löst und verbindet die Elemente, sie sieht Zukünftiges und Verborgenes. Ihr Auge durchdringt den Raum und die Zeit. Ihr Geist überschreitet die Empfindungsschwelle des irdischen Menschen und bringt hinüber in das Bewußtsein der transzendenten Existenz. Nicht gegen die Natur, sondern durch die Natur wird sie Wunder zeugen vor Gott und der Welt vor den Augen der Menschen!

Es feilschenden Schweigen lauschten alle dem Vortrage des Professors. Mehr noch als Katties Erzählung hatte der unerklärliche Vorfall, der sich hoben vor aller Augen vollzogen, dazu beigetragen, die Anwesenden in jene mystische, aus Furcht und Spannung gemischte Stimmung zu versetzen, welche die Diskursen über die unsterblichen Fragen der Menschheit oder die Unterhaltungen über wunderbare Begebenheiten hervorzurufen pflegt.

Nur der Professor schien die allgemeinen Empfindungen nicht zu teilen, er war nur erregt, unzufrieden, grübelnd. Sein Verstand folgte all diesen Dingen nach wie vor ein

kategorisches „Unmöglich!“ entgegen, und doch bot sich ihm keine Erklärung für das Erlebte. Er war doch selber von allem Augenzeuge gewesen! Sonderbar! Er sehnte sich nach Einfachheit, um alles klar zu überdenken. Nun, morgen früh würde er wohl nüchternen urteilen!

Katie Hyde unterbrach seine Überlegungen.

„Ich verstehe lieber Ihre Sprache nicht, Herr Professor — nur wenige Worte — würden Sie die Güte haben, mir den Text der Urkunde ins Englische zu übertragen?“

„Mit Vergnügen.“

Die Sonnambule hörte mit leuchtenden Augen zu und in ihren Bügen spiegelte sich der flackernde Abglanz inneren Triumphs. Mit verdeckt forschendem Ausdruck glitten ihre beweglichen Augen den Kreis entlang und befriedigt las sie in fast allen Gesichtern Bewunderung, Erstaunen und Ver ehrung.

Mit eisernem änderte sich ihre Physiognomie, das Rot erwich aus ihren Wangen, bleich und müde lehnte sie sich in ihren Sessel zurück.

„Sind Sie unwohl, Miß Hyde?“ fragte besorgt die Baronin.

„Nein — ich bedarf nur weniger Augenblicke des Alleinseins — würden Sie mir wohl für wenige Minuten ein stilles Zimmer anweisen?“ bat Katie, ihre ganze Kraft zusammenfassend.

Sofort erhob sich Frau von Tillo.

„Ich will Sie in mein eigenes Zimmer führen, Miß Hyde, es ist gut geheilt und Sie werden dort alle erforderlichen Bequemlichkeiten finden.“

„Danke.“

Katie stand auf und folgte der Freiin, die sie in das

in einem andern Teile des Hauses gelegene Gemach geleitete.

Nun erst hatte sich die Gesellschaft von ihrer Bestimmung wieder soweit erholt, daß man sich imstande sah, die gegangenen Geschehnisse zu vergleichen und auszutauschen.

„Ich bin stolz, Zeuge dieser Vorgänge gewesen zu sein,“ rief der Fabrikant entzückt. „Wer solchen Leistungen beigewohnt hat, dem muß wohl der letzte Rest von Zweifel schwinden.“

„Ich bin von heute an unbedingte Anhängerin des Spiritismus,“ erklärte Frau Geheimrat Herrar.

„Der Spiritismus stellt das einzige Mittel dar, mit der übernatürlichen Welt in Verbindung zu treten,“ betonte Doktor Willtan. „Er ist die Wissenschaft vom Uebernatürlichen — unter der Leitung dieser großen Adeptin wird er sich bald zur Ursache einer allgemeinen geistigen und religiösen Revolution gestalten — wir gehen einer neuen außerordentlichen Zeit entgegen. Die Nachricht von dem Geschehnisse des heutigen Abends wird wie ein Sturmwind durch die Stadt jagen und uns Tausende neuer Anhänger und Jünger zuführen. Meinen Sie nicht auch, Mr. Low?“

„Ich hoffe es,“ entgegnete der Amerikaner bescheiden.

„Miß Hyde ist zweifellos eine Sonnambule von ganz phänomenaler Leistungsfähigkeit,“ warf der Professor etwas skeptisch hin. „Wenn ich den Inhalt dieses merkwürdigen Dokumentes — der Brief und der Ring waren inzwischen von Hand zu Hand gegangen — recht erfährt habe, so ist darin auch die Rede davon, daß Miß Hyde auch die Fähigkeit besitzt, die Elemente zu lösen und zu verbinden? Wie ist das zu verstehen, Mr. Low?“

(Fortsetzung folgt.)